JOHN BURNS HYND (1902-1971)

von Ulrich Reusch

Als britischer Deutschlandminister in den Krisenjahren 1945 bis 1947 stand John Hynd nicht nur im Mittelpunkt öffentlicher Aufmerksamkeit, sondern auch im Brennpunkt zahlloser Auseinandersetzungen um die Politik der britischen Besatzungsmacht in Deutschland. Heute sind Person und Politik des verantwortlichen Ministers für die britische Zone jedoch fast in Vergessenheit geraten. Zu Unrecht, denn das Lebenswerk dieses rührigen, in seinem öffentlichen Auftreten aber eher zurückhaltenden Parlamentariers ist auf das engste mit der Aussöhnung zwischen Briten und Deutschen und dem Ringen um Frieden und Zusammenarbeit in Westeuropa verbunden. Hynd gelang 1944 der Einzug in das Unterhaus, dem er dann ununterbrochen 26 Jahre lang angehörte. Nach dem überraschenden Wahlsieg der Labour Party wurde er Minister. Seine steile Karriere erreichte wenig später, im Oktober 1945, mit der Berufung zum "Deutschlandminister" ihren Höhepunkt. Der "newcomer" hatte damit einen der schwierigsten und - wie sich bald zeigte undankbarsten Posten in der Regierung Attlee übernommen. Verständlicherweise sind es diese kurzen, aber ereignisreichen anderthalb Ministerjahre gleich am Anfang seiner politischen Tätigkeit, die sich noch relativ am stärksten in das öffentliche Bewußtsein eingeprägt haben. Darin erscheint Hynd zumeist als ein Politiker, dessen Karriere nach einem fulminanten Auftakt jäh verflachte. Unter den Zeitgenossen überwog daher das Bild von einem "Minister ohne Fortune" oder gar ohne Format. Zwar mag manchem bewußt gewesen sein, daß die schwache Stellung des "Deutschlandministers" inmitten der mächtigen, etablierten Ministerien des britischen Regierungsapparates weit mehr von einer institutionellen Fehlkonstruktion als einer personellen Fehlbesetzung herrührte. Dennoch verfestigte sich ein Hynd-Bild, das der Abgeordnete Oliver Lyttelton am 29. Juli 1946 im Unterhaus in die spöttischen Worte kleidete: "Dem ehrenwerten Gentleman muß . . . zumute sein wie einer kleinen Elritze unter lauter Walfischen". Wer aber heute der Lebensleistung des Politikers Hynd gerecht werden will, darf seine politische Biographie nicht auf die Episode der Ministerjahre reduzieren. Nur die Gesamtschau des Politikerlebens kann die vordergründige Vorstellung von dem gescheiterten und vergessenen Deutschlandminister überwinden helfen.

1.

John Burns Hynd wurde am 4. April 1902 als zweiter Sohn des Anstreichers und Tapezierers Henry Hynd und seiner Frau Ann, geb. Burns, in der alten schottischen Hauptstadt Perth geboren. Als Pfadfinder und Sonntagsschüler der Kongregationalisten-Gemeinde erfuhr der Knabe eine christliche Prägung kalvinistisch-protestantischen Zuschnitts. Noch Jahrzehnte später hat er sich gern zu diesem Pfadfindertum bekannt. Die kleinbürgerlich-proletarischen Verhältnisse, in denen er heranwuchs, waren überaus beengt und ärmlich. Zumal wenn der Vater vorübergehend arbeitslos wurde, mußten Frau und Kinder Gelegenheitsarbeiten übernehmen. Die Mutter verdingte sich als Wäscherin und Putzfrau, die halbwüchsigen Kinder trugen von fünf Uhr morgens an Frühmilch und am Nachmittag Zeitungen aus. Im Ersten Weltkrieg wurde die zehnköpfige Familie von einem schweren Schicksalsschlag getroffen, als der zum Heer eingezogene Vater infolge einer Kriegsverletzung in Palästina starb. Schon vorher hatte der dreizehnjährige John, der wie sein älterer Bruder ein Stipendium zum Besuch der Höheren Schule errang, seine Schullaufbahn abbrechen müssen, um als Laufjunge zum Unterhalt der Familie beizutragen. Glückliche Umstände brachten ihm

bereits 1916 eine bescheidene, aber ordentliche Büroanstellung bei der Eisenbahn-Bezirksdirektion in Perth.

Daß der fleißige und strebsame Jugendliche sich damit nicht zufrieden gab, ist bezeichnend nicht nur für Hynds Charakter und Lebenseinstellung, sondern auch für ein familiäres Milieu, das trotz vieler materieller Einschränkungen offenbar geistig rege und gesellschaftlich aufgeschlossen war. Die Eltern waren überzeugte Konsumgenossenschaftler und Sozialisten. Die Mutter engagierte sich (später) ehrenamtlich als "Friedensrichter", und der zwei Jahre ältere Bruder Henry, dessen beruflicher Werdegang übrigens ganz ähnlich verlief, zog 1945 ebenfalls in das Unterhaus ein, wo er bis 1966 Johns Fraktionskollege blieb. Aber bis dahin war noch ein weiter Weg, den der junge Hynd in den wirtschaftlich schwierigen und sozial aufgewühlten zwanziger Jahren systematisch anging. Auf Abendschulen und in Arbeiterbildungseinrichtungen holte er seine Schulbildung nach. Darüber hinaus erwarb er Kenntnisse und Fertigkeiten, die für seinen späteren beruflichen und politischen Aufstieg entscheidend waren. Seine besondere Vorliebe galt den modernen Sprachen. Er lernte und beherrschte fließend Deutsch, Französisch und Spanisch; in späteren Jahren erwarb er sich mindestens Grundkenntnisse des Italienischen. Schon sehr früh hat Hvnd zur organisierten Arbeiterbewegung gefunden, der er zunächst ehrenamtlich als Funktionär der Eisenbahnergewerkschaft diente. Achtzehnjährig trat er auch der Labour Party bei, die sich nach dem Ersten Weltkrieg rasch zu einem Faktor nationaler Politik entwickelte. Er stieß auch zu den evolutionär-sozialistischen Intellektuellenvereinigungen "Fabian Society" und "Socialist Clarity Group".

Bereits 1925 gelang Hynd der berufliche Durchbruch. Als hauptamtlicher Sekretär der "National Union of Railwaymen" wechselte er in die Londoner Gewerkschaftszentrale, wo er bis 1944 und formal noch bis zur endgültigen Pensionierung 1962 beschäftigt war. Seitdem lebte Hynd ständig in oder in der Umgebung von London, bald schon in dem freundlichen nördlichen Vorort Enfield (Middlesex), wo die Familie in den fünfziger Jahren in einem hellen, mittelgroßen Reihenhaus sehr ruhig und in der Nähe des weitläufigen "Trent Park" gelegen - ihr endgültiges Domizil fand. 1927 hatte Hynd Elsie Margaret Doran geheiratet; die Tochter aus dieser Ehe ist heute als Französischlehrerin tätig. Zeitlebens, auch als Minister und Abgeordneter, hat Hynd an einem eher bescheidenen, unauffälligen Lebensstil festgehalten. Das entsprach wohl seinem Wesen, wie er überhaupt in der Öffentlichkeit niemals mit großer Pose, sondern zurückhaltend aufzutreten pflegte. Die britischen Ministerbezüge und erst recht die Abgeordnetendiäten wären damals noch weit weniger als heute imstande gewesen, aus einem unvermögenden Gewerkschaftssekretär etwa einen wohlhabenden Großbürger zu machen. Sie sicherten ein Auskommen, das deutlich unter dem Gehaltsniveau der Spitzenbeamten von Whitehall lag, und selbst das war nicht sonderlich hoch. Wenn Hynd in den sechziger Jahren eine deutsche Tageszeitung, die er als Minister hatte gründen helfen, zweimal um Weitergewährung eines ursprünglichen Freiabonnements bitten mußte, dann hatte das einen materiell durchaus berechtigten Hintergrund.

Als Freizeitbeschäftigungen gab Hynd neben Schachspielen und Photographieren vor allem sportliche Aktivitäten an, zunächst Schwimmen und Tennis, in späteren Jahren dann Golf, eine Sportart, der er sich in seiner naturnahen Enfielder Umgebung mit besonderer Vorliebe auch dann noch widmen konnte, als Ende der sechziger Jahre seine Gesundheit sichtlich abzunehmen begann. Auf frühen Photographien war der mittelgroße Zigarettenraucher eine sportliche Erscheinung; die Presse charakterisierte ihn als dynamisch und energisch.

2.

Über Hynds Tätigkeit in der Londoner Zentrale der Eisenbahnergewerkschaft sind kaum Einzelheiten bekannt, doch hat er sich dort bewährt. Die Presse attestierte ihm später einen Anteil an der Einführung der 40-Stunden-Woche im Jahre 1938. In der Vorkriegszeit benannte ihn seine Gewerk-

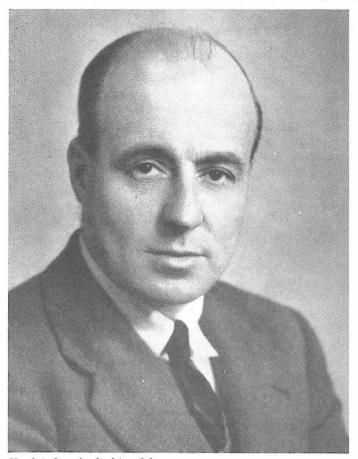
schaft für einen führenden Posten beim Internationalen Bund der Transportarbeitergewerkschaften in Amsterdam, den er jedoch ausschlug, da sich sein Weg in die Politik abzuzeichnen begann.

Auf welche Weise der Gewerkschaftssekretär in den dreißiger Jahren in nähere Berührung mit der Politik kam, läßt sich nicht mehr rekonstruieren. Man darf jedoch annehmen, daß eine Reihe von Faktoren persönlicher wie zeitbedingter Natur seinen Schritt in die nationale Politik begünstigt hat. Der entscheidende Anstoß ging wohl von seiner Gewerkschaft aus, die ihn beizeiten als möglichen Parlamentskandidaten benannte. Als Funktionär eines Verbandes, der in enger Wechselbeziehung zur Labour Party, dem politischen Flügel der britischen Arbeiterbewegung, stand, war Hynd bereits auf der nationalen Ebene seiner Londoner Gewerkschaftszentrale tätig. Daß er die besonderen Möglichkeiten politischer Gespräche und Kontakte, die sich in der Hauptstadt boten, unter anderem als Lobbyist zu nutzen wußte, steht fest. Aus verbands- und innenpolitischer Perspektive lag ein Übergang in die Große Politik durchaus im Bereich dessen, was sich ein langgedienter Gewerkschaftssekretär mit Erfahrungen in der Kommunal- und der lokalen Parteipolitik vorstellen mochte. Darüber hinaus aber war Hynds ohnehin ausgeprägtes Interesse an internationalen und außenpolitischen Fragen, an der Zeitgeschichte und an den Ländern Kontinentaleuropas in den krisenhaften dreißiger Jahren besonders gefordert.

Der Gewerkschaftssekretär unternahm zahlreiche dienstliche wie private Auslandsreisen, vornehmlich zu Tagungen des Internationalen Arbeitsamtes in Genf, wohin er vorübergehend abgeordnet wurde, und zur Begegnung mit Vertretern der Arbeiterbewegungen verschiedener europäischer Länder, darunter 1936 in die Tschechoslowakei. Diese Reise hinterließ einen prägenden Eindruck auf Hynd, der sich noch Jahre später an die überaus prekäre Lage der sudetendeutschen Minderheit in einem Staat erinnerte, den sich der Besucher als ein "Bollwerk der Demokratie" vorgestellt hatte. Das belegt, daß Hynd damals wie später um eine ausgewogene Sicht der verschiedenen europäischen Nationalismen bemüht war. Von einseitigen Kollektivschuldzuweisungen an ganze Völker hielt er nichts. War diese Einstellung des jungen Hynd wohl noch Ausfluß eines sozialistischen Internationalismus, so wurde sie bei dem reifen Politiker der Nachkriegszeit vom Gedanken der Völkerverständigung und der Einigung Europas überlagert.

Hynds politische Tätigkeit im engeren Sinne begann noch vor dem Zweiten Weltkrieg. Zum größten und wichtigsten Teil waren seine Aktivitäten zunächst vorparlamentarischer Art und entsprachen den - damaligen - Praktiken des britischen Parlamentarismus, als sichere Wahlkreise und Unterhaussitze zumal auf seiten der Labour Party noch als Erbhöfe ihrer jeweiligen Inhaber angesehen wurden. Ein solcher Erbhof und zudem eine Labour-Hochburg - bei seiner letzten Wiederwahl 1966 errang Hynd dreieinhalbmal soviel Stimmen wie sein konservativer Herausforderer - war der Bezirk Attercliffe in der mittelenglischen Stahlstadt Sheffield, den der Abgeordnete Cecil Henry Wilson, ein unorthodoxer christlicher Sozialist, von 1922 bis 1931 und dann wieder von 1935 an im Unterhaus vertrat. Nachdem der hochbetagte Abgeordnete 1938 auf eine erneute Kandidatur verzichtete hatte, präsentierte die Sheffielder Labour Party ihren Wählern unverzüglich den noch jugendlich wirkenden Hynd als Nachfolger. Zur Überraschung mancher Lokalgrößen hatte sich der Gewerkschaftssekretär aus London am 14. September 1938, gewiß mit dem Segen der Parteizentrale, in einer Kampfabstimmung durchzusetzen vermocht. Förmlich nominiert, konnte Hynd nun fest damit rechnen, bei nächster Gelegenheit in das Parlament einzuziehen. Die Gelegenheit ergab sich wohl früher als erwartet am 21. Februar 1944 anläßlich einer nach Wilsons krankheitsbedingtem Mandatsverzicht angesetzten Nachwahl, bei der Hynd quasi im "Nachrückverfahren" ohne Urnengang zum Zuge kam. Da er seine Wahlkampagne bereits vorbereitet hatte, mag er das bedauert haben. Ein gutes Jahr später konnte er sich jedoch den Wählern stellen und wurde seitdem mit ständig wachsenden Mehrheiten wiedergewählt.

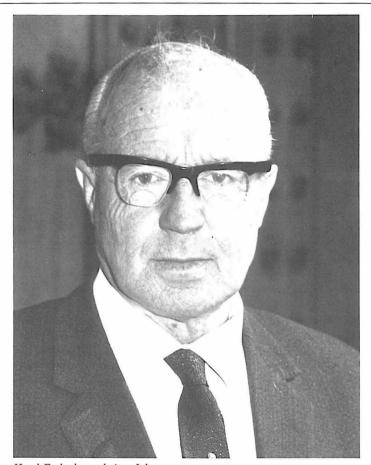
Die Jahre als präsumptiver Abgeordneter hatte Hynd genutzt, um sich in Sheffield bekanntzuma-



Hynd Anfang der fünfziger Jahre

chen und geschickt in Szene zu setzen. Mindestens einmal im Monat bereiste er "seinen" Wahlkreis. Damit begann sein dreißigjähriges aufreibendes Pendeln meist mit dem Nachtzug zwischen dem Lebensmittelpunkt und Wohnort London und der politischen Heimat Sheffield. In der Lokalpresse war Hynd mit Artikeln und selbstverfaßten Kolumnen regelmäßig vertreten. Dort, aber auch in anderen Regionalzeitungen sowie unter dem Pseudonym "Attercliffe" in dem Gewerkschaftsorgan "Railway Review" breitete er seine politischen Vorstellungen aus, die er dann von 1944 an auch im Unterhaus vertrat.

Immer wieder kreisten seine Gedanken um eine gerechte Nachkriegsordnung für sämtliche Bevölkerungsschichten des eigenen Landes sowie zwischen den Völkern Europas. Innenpolitisch warnte er in mitunter sarkastischer Form ("Slums for Heroes?", Sheffield Forward, Oktober-November 1939) vor einer Rückkehr zu den Klassenbarrieren und wirtschaftlichen Ungerechtigkeiten, die die englische Vorkriegsgesellschaft gekennzeichnet und zerrüttet hätten. Den Gedanken, eine solche "Normalität" im Sinne der Tories wiederherzustellen, konfrontierte er mit den heeren Zielen von Freiheit, Gerechtigkeit und Menschlichkeit, für die die ganze Nation im Kriege streite. In propagandistisch geschickter Verknüpfung nannte Hynd Labour-sozialistische Lösungsmodelle wie Wirtschaftslenkung, Verstaatlichung und Bodenreform in einem Atemzuge mit sozial-, gesundheits- und



Hynd Ende der sechziger Jahre

tarifpolitischen Verbesserungen sowie öffentlichem Wohnungsbau für die bedürftigen Bevölkerungsschichten. In seinen außenpolitischen Artikeln forderte er immer eindringlicher dazu auf, zwischen faschistischen oder nationalsozialistischen Regimen und den ihnen ausgelieferten Völkern sorgfältig zu unterscheiden. Insbesondere warb er für das "andere Deutschland", erinnerte an die Emigranten und an die vielen offenen oder heimlichen Regimegegner, in denen er Zeugen und Garanten eines "besseren Deutschlands" sah. Energisch bestritt er eine Kollektivschuld des ganzen deutschen Volkes an den Taten des NS-Regimes. Am Ende des Krieges dürften nicht wieder "Versailler Verträge" mit Zuweisungen von Kriegsschuld und Reparationen stehen; vielmehr müsse eine neue Gemeinschaft der Völker und Staaten geschaffen werden, die sowohl den Krieg als auch die "Ausbeutung des Menschen durch den Menschen" ein für alle Mal ausrotte.

Das war konsequent internationalistisch wie sozialistisch gedacht und durchaus nicht konventionell. Besonders heftig zog "Attercliffe" im April 1941 gegen die Schmäh- und Propagandaschrift "Black Record" des diplomatischen Chefberaters der Regierung, Sir Robert Vansittart, zu Felde. Mit dieser böswilligen Pauschalverurteilung des deutschen Volkes, voller Geschichtsklitterung und fragwürdiger Volkspsychologie, habe Vansittart ein Buch "verbrochen", "für das sich jedes Kind durchaus schämen würde, lange bevor es in reifere Jahre käme" ("Black Diplomat", Railway

Review, 4. 4.1941, S. 4). Wer wollte es dem Sozialisten Hynd verübeln, daß er mit seiner Rezension dieses haßerfüllten Pamphlets auch einen Seitenhieb auf die "morbide" britische "Diplomatenklasse" führte, die sich offenbar weit vom Empfinden des einfachen Volkes entfernt habe? Wo, so fragte Hynd, bleibe die Aussicht auf den Wiederaufbau und eine dauernde Friedensordnung in Europa, wenn derart unversöhnliche Konzepte vorherrschten? In einem "Akt nationaler Politik" müsse die Regierung dieses Buch einziehen und sich zugleich vor aller Welt von Inhalt und Intention distanzieren.

Zu dieser Zeit charakterisierte "Attercliffe" den Krieg nicht als einen traditionellen Mächtekonflikt oder gar als Krieg zwischen Völkern, sondern als ein "gewaltiges Ringen gegen Nazi-Deutschland", "gegen die Reaktion auf ihrer höchsten und brutalsten Stufe - gegen den Faschismus". Einen Hurra-Patriotismus ("My Country, right or wrong") lehnte Hynd entschieden ab und verwies immer wieder auf die Schwachpunkte gerade der eigenen britischen Geschichte. Die deutschen Emigranten, die sich damals in England mit einer eigenen Zeitung zu Worte meldeten, bezeichnete er als "deutsche Verbündete der Demokratie" ("The 'other Germany", Railway Review, 25. 4. 1941, S. 4). Ausdrücklich solidarisierte er sich mit diesen "ersten Opfern und ersten Feinden des Nazismus", die erst kurz vorher aus englischer Internierungshaft entlassen worden waren. Diese Einstellung war keineswegs selbstverständlich, auch nicht unter britischen Sozialisten. Hynd sah sich allerdings durch die "Atlantic Charter" vom 14. August 1941 bestätigt, denn er nahm wie selbstverständlich an, daß diese Friedensziele der angelsächsischen Demokratien auch auf Deutschland Anwendung finden würden. Im August 1944 registrierte er dann enttäuscht, daß die alliierten Regierungen daran überhaupt nicht dachten. Als er zu dieser Zeit im Unterhaus eine regierungsamtliche Ermutigung für den Widerstand innerhalb Deutschlands anregte, stieß er auf wenig Verständnis.

Es ist kennzeichnend für Hynd, daß er sich nicht darauf beschränkte, seine auch für weite Labour-Kreise unzeitgemäßen Vorstellungen in der Öffentlichkeit zu vertreten, sondern selbst aktiv wurde. Er suchte und fand Kontakt zu deutschen Emigrantenkreisen, in erster Linie zu den sozialistischen Exilgruppen und Gewerkschaftsorganisationen, die sich in London notdürftig eingerichtet hatten, begleitete und unterstützte deren Aktivitäten vor allem programmatischer Natur und sorgte insbesondere für weitere Verbindungen zu Labour Party und britischer Arbeiterbewegung. Das Spektrum der deutschen sozialistischen Emigration in Großbritannien war weit, ihr Zusammenhalt ständig durch interne Querelen bedroht. Hynd hielt Verbindung zu verschiedenen Zirkeln, unter anderem zum "Internationalen Sozialistischen Kampfbund" und zu der Gruppe "Neubeginnen", hauptsächlich aber zum Exil-Vorstand der SPD, der sich 1940 unter Hans Vogel in London neu konstituiert hatte. Daraus entwickelten sich schon damals enge Kontakte und freundschaftliche Verbindungen zu einer Reihe von - meist gleichaltrigen - Persönlichkeiten, die nach 1945 führende Positionen in der SPD übernahmen. Dazu zählten die Mitglieder des Exil-Vorstandes Erich Ollenhauer, Nachfolger Kurt Schumachers im Parteivorsitz, und Fritz Heine, einflußreicher Partei- und Pressemanager der fünfziger Jahre. Auch Willi Eichler vom ISK, Abgeordneter des ersten deutschen Bundestages und prominentes Mitglied des SPD-Vorstandes, sowie der Führer der sudetendeutschen Sozialdemokraten, Wenzel Jaksch, später ebenfalls Mitglied von Bundestag und Parteivorstand, sind in diesem Zusammenhang hervorzuheben. Namentlich mit Jaksch verband Hynd eine über Jahrzehnte herzliche Freundschaft. Weiter gehörten Herta Gotthelf, die spätere Frauenreferentin im SPD-Vorstand, der Gewerkschaftler Hans Gottfurcht sowie Willi Sander, von 1945 an Leiter des in London verbliebenen "Verbindungsbüros" der SPD, zu Hynds Bekannten in der sozialdemokratischen Emigration, der er auch noch die Treue hielt, als deren Beziehungen zur offiziellen Labour Party im Gefolge des um sich greifenden "Vansittartismus" zunehmend frostiger wurden. Hynd gehörte zu den wenigen, die auch weiterhin "öffentlich für die Verdienste und die

Bedeutung der deutschen Arbeiterbewegung eintraten" (Röder, S. 161). Diese engen Kontakte haben Hynds Aufgeschlossenheit für das "andere Deutschland" entscheidend geprägt, was aber gleichzeitig bedeutete: auf das sozialdemokratische Spektrum konzentriert, wenn nicht gar reduziert. Damit berühren wir bereits ein unverkennbares Defizit im Deutschlandbild des späteren Ministers, der dazu neigte, deutsche Demokratie mit Sozialdemokratie gleichzusetzen. Andererseits hat der Einfluß von Jaksch Hynd später davor bewahrt, Deutschland mit der Bundesrepublik gleichzusetzen.

Seit 1941 (oder früher) nahm Hynd wie auch manche Emigranten, darunter Eichler, an der Propagandaarbeit des Europäischen Dienstes der BBC teil. Als Autor und Sprecher eigener Texte wandte er sich regelmäßig an Widerstandskreise in Deutschland und im besetzten Europa, vornehmlich in Frankreich und Belgien. Seine Stimme war in deutscher und französischer Sprache zu hören. Die Adressaten waren in erster Linie Arbeiter und Gewerkschaftler im Untergrund, insbesondere Eisenbahner. Über Hynds Anteil an der psychologischen Kriegführung seines Landes sind Einzelheiten nicht bekannt. Anläßlich seiner Wahl ins Unterhaus erklärte er gegenüber der Presse, seine Sendungen seien offenbar gut angekommen und würden zweifellos zur rechten Zeit Früchte tragen. Er wagte sogar die Voraussage, die deutschen Arbeiter würden sich bei passender Gelegenheit gegen das Regime erheben (Sheffield Telegraph, 21. 2. 1944). In einem sensationell aufgemachten Artikel offenbarte die "Sunday Mail", daß Hynd nicht nur die Botschaft politischer Freiheit verkündet, sondern auch praktische Hinweise für Sabotageakte über den Äther geschickt habe. Ein großer Teil der Sabotage an Eisenbahnanlagen, die zum Gelingen der alliierten Invasion in Frankreich beigetragen habe, sei von dem "kleinen stillen Schotten" inspiriert worden, der wie kein anderer Abgeordneter über eine genaue Kenntnis europäischer Untergrundbewegungen verfüge. Auch jetzt noch setze der Politiker seine Sendungen fort, in denen er Europa eine glücklichere Zukunft ankündige, sobald die unterdrückten Arbeiter ihre Gewerkschaften wiederbeleben könnten, wofür er ihnen die Hilfe ihrer britischen Kollegen in Aussicht stelle.

3.

Als Parlamentsneuling entfaltete Hynd alsbald eine ebenso rege wie beherzte Abgeordnetentätigkeit. Innenpolitisch sah er unter anderem die sozialgesetzliche und tarifrechtliche Gleichstellung der Frau als vordringlich an, eine Forderung, die im Zusamenhang mit dem kriegswichtigen Arbeitseinsatz der Frauen besonders aktuell war. Außerdem galt sein Augenmerk Fragen des Umweltschutzes, insbesondere der Luftreinhaltung im Sheffielder Industrierevier, eingebettet in die großen Bereiche von Gesundheitsfürsorge und Wohnungswesen. Wenn diese Themen auch in den folgenden Jahren notgedrungen in den Hintergrund traten, erwiesen sie sich auf Dauer doch als Konstanten im politischen Wirken Hynds. Sie beschäftigten ihn in ganz besonderer Weise wieder, als er zum zuständigen Minister für ein zerbombtes, von Seuchen bedrohtes und von Ernährungskrisen heimgesuchtes Land aufrückte.

Hynds eigentliche Leidenschaft jedoch war, wie zu erwarten, die Außenpolitik. In Anfragen und Statements scheute er sich nicht, gelegentlich auch vorherrschende Meinungen und Größen der Politik herauszufordern. Der Hinterbänkler bekannte sich mit Seitenhieben auf britische Kapitalinteressen zur Errichtung demokratischer Selbstverwaltungen in den Kolonien, ein "heißes Eisen", das die Fraktionsführungen nur ungern berührten, doch entsprach Hynds Vorstoß wohl den Intentionen des Labour-Führers Clement Attlee weitgehend. Und im Mai 1945, wenige Wochen nach der deutschen Kapitulation, wagte er einen drastischen Vergleich, um Regierung und Parlament an ihre Verantwortung für das notleidende Indien zu erinnern: wer die Horrorbilder über die Konzentrationslager der Nazis angesehen habe, könne ähnliche Schreckensbilder von gestapelten Leichen verhungerter Inder in den Straßen von Kalkutta wohl kaum übersehen.

Hynds Hauptinteresse galt dem weltweiten Wiederaufbau nach dem Kriege, vor allem der künftigen Rolle des Internationalen Arbeitsamtes bei der Wiederherstellung oder Bewahrung von internationaler Sicherheit und sozialem Frieden. Dabei hoffte er, als sozialistischer Internationalist von einer euphorischen Aufbruchsstimmung erfaßt, die viele vom linken Labour-Flügel teilten, auf die fruchtbare Zusammenarbeit eines Labour-regierten England mit der Sowjetunion. Spätestens als Deutschlandminister mußte er dann erkennen, wie illusionär solche Erwartungen im Keime gewesen waren.

Noch vor Kriegsende trat Hynd mutig für den Gedanken der Aussöhnung der Völker Europas ein. Im September 1944 unterzeichnete er einen Aufruf von Labour-Parlamentariern, Italien als gleichberechtigtes Mitglied in die neue internationale Ordnung aufzunehmen. Und einen Monate später - der ominöse Morgenthau-Plan war noch in frischer Erinnerung - vertrat er in einer Unterhausdebatte ein recht unzeitgemäßes, aber weitsichtiges Deutschlandkonzept. Angelehnt an eine Kritik des seiner Meinung nach unmenschlichen und undurchführbaren Fraternisierungsverbotes, das den vorrückenden amerikanischen und britischen Soldaten den freundlichen Umgang mit der deutschen Zivilbevölkerung untersagte, warnte er nachdrücklich vor der sich abzeichnenden "Politik eines harten Friedens", insbesondere vor einer dauerhaften Teilung Deutschlands und einer Zerschlagung der deutschen Wirtschaftskraft, die vielmehr für den Wiederaufbau Europas und die Hebung des allgemeinen Lebensstandards erhalten und genutzt werden müsse. Hynd erklärte wiederholt seine Enttäuschung über die alliierten Regierungen, weil sie keinerlei Absichten erkennen ließen, in der breiten Masse der Deutschen begründete Hoffnungen auf eine erträgliche Friedens- und konstruktive Nachkriegsordnung zu wecken und damit vielleicht sogar ein Signal zum Volkswiderstand gegen das Hitlerregime zu geben. Damit teilte Hynd die Konzepte, Hoffnungen und Illusionen, die auch deutsche Emigrantenkreise hegten, denen er sich verbunden fühlte.

Statt Revanche, Reparationen und – später so genannten – Demontagen empfahl Hynd im Oktober 1944 vor dem Unterhaus, auf demokratisch gesonnene und kooperationsbereite Kräfte zu setzen, die zweifellos in Deutschland vorhanden seien, auch wenn sie sich unter den gegenwärtigen Bedingungen noch nicht artikulieren könnten. Dabei hatte der Redner vor allem Kräfte der politischen Linken von den Kommunisten bis zu Linkskatholiken im Auge. Die Attribute von Demokratie und sozialem Anstand, von mutigem und entschlossenem Eintreten für die Freiheit, fuhr Hynd fort, habe kein bestimmtes Volk, Land oder Klima für sich gepachtet. Die verbreitete Vorstellung, die Deutschen bedürften der politischen "Umerziehung" durch die Alliierten, erschien ihm mehr als fragwürdig (Sheffield Forward, September 1944, S. 3). Sollten etwa die Russen den Deutschen den Bolschewismus predigen, während die Briten und Amerikaner ihnen die kapitalistische Philosophie und Wirtschaftsordnung beibrächten? Aber schon in praktischer Hinsicht sei eine Massenumerziehung ("re-education") unmöglich – und unnötig. Hynd vertraute demgegenüber auf die innere Regenerationsfähigkeit Deutschlands, auf die "anderen", die demokratischen Deutschen selbst.

Diese frühen Überzeugungen verdienen festgehalten zu werden, standen sie doch in diametralem, ja sogar wörtlichem Gegensatz zu dem politischen Credo, dem fast missionarischen Sendungsbewußtsein, das einflußreiche Kreise der britischen Besatzungsbehörden später unter eben diesen Schlagwörtern "Umerziehung" der Deutschen und "Demokratisierung nach englischem Vorbild" kultivierten. Hynds Artikel und vor allem sein Debattenbeitrag, der am 6. Oktober 1944 auch im Organ seiner Gewerkschaft abgedruckt wurde, lassen ahnen, welche äußeren Konflikte und inneren Kämpfe auf den künftigen Deutschlandminister zukamen, der fast ein Jahr darauf sein schwieriges Amt antrat.

In der Wahlkampagne 1945 exponierte sich Hynd als ein Vertreter des linken Parteiflügels, namentlich als Verfechter von Plan- und notfalls Zwangswirtschaft, weil nur so die gewaltigen

Nachkriegsprobleme sozial gerecht gelöst werden könnten. In seinen Wahlreden forderte er die breiten Massen auf, eine Rückkehr zu den sozialen und Besitzverhältnissen der Vorkriegszeit zu verhindern, selbstbewußt ihren Anteil am künftigen Wohlstand zu beanspruchen und insoweit Lehren aus dem Krieg zu ziehen. Damit lag Hynd ganz auf der parteiamtlichen Wahlkampflinie, die Labour an die Macht und ihn selbst in die Regierung brachte. Wenn aber der Wahlredner soziale und wirtschaftliche Ungerechtigkeiten und Spannungen – und nicht etwa speziell das Nazi-Regime – als eine der Hauptursachen des Zweiten Weltkrieges in Anspruch nahm, dann entsprach das wohl eher seinem persönlichen Geschichts- und Gesellschaftsbild, dem er auch noch als Deutschlandminister verpflichtet blieb.

4.

Nach dem überwältigenden Wahlsieg der Labour Party bildete Premierminister Clement Attlee Ende Juli/Anfang August 1945 eine neue Regierung aus insgesamt 42 ordentlichen Kabinettsmitgliedern, Ministern mit sowie nachgeordneten "Juniorministern" ohne Kabinettsrang. Daß dabei auch der Abgeordnete John Hynd, mit einem beeindruckenden Vorsprung von 18 000 Stimmen in Sheffield wiedergewählt, an prominenter Stelle berücksichtigt wurde, hat nicht nur die Öffentlichkeit, sondern auch ihn selbst überrascht. Am 4. August wurde er zum "Chancellor of the Duchy of Lancaster" berufen. Traditionell hat dieser Posten Kabinettsrang, ist aber nicht notwendigerweise auch mit Sitz und Stimme im eigentlichen Kabinett verbunden, für dessen Zusammensetzung es keine verbindlichen Regeln gibt. Der "Kanzler des Herzogtums Lancaster" hat in unserer Zeit keinen angestammten Geschäftsbereich, kein festes politisches Ressort, sondern lediglich einige Routineaufgaben der laufenden Verwaltung, genauer der königlichen Domänenverwaltung, die von einem kleinen Beamtenstab sicher versehen werden. Hinter der altertümlichen Bezeichnung verbirgt sich also ein Amt, das praktisch eine Sinekure und dessen Inhaber in der Regel ein einflußreicher Politiker ist, der als Minister ohne Portefeuille für Sonderaufgaben zur Verfügung steht.

Die Ernennung Hynds löste auch sogleich entsprechende Spekulationen aus, doch kristallisierte sich erst in den nächsten Monaten heraus, welche Verwendung Attlee vorschwebte, der von der stillen, aber beständigen Arbeit des Hinterbänklers Hynd tief beeindruckt gewesen sein soll. In Anbetracht seiner vergleichsweise kurzen Parlamentserfahrung war Hynds Aufstieg tatsächlich ebenso überraschend wie ungewöhnlich steil, da er die üblichen Stufen als Parlamentarischer Staatssekretär oder "Juniorminister" übersprang, doch ist auch zu bedenken, daß die Labour Party überhaupt nur relativ wenige Abgeordnete mit Regierungserfahrung zur Verfügung hatte.

Wir dürfen wohl annehmen, daß sich Hynd durch seine vielfältigen Aktivitäten, pointierten Äußerungen und informellen Verbindungen auf dem Gebiet der internationalen Politik bei Attlee empfohlen hatte. In diesem Bereich sollte der "Minister ohne Geschäftsbereich" offenbar eine Chance zur Bewährung erhalten. Welcher Status und Einfluß auf die Regierungspolitik sich daraus ergeben würde, blieb einstweilen offen und ist übrigens auch in der Folge nie befriedigend geklärt worden. Innenpolitisch war Hynd ein glühender Anhänger von Attlees sozialistischen Reformprogrammen. Daß auch die Außenpolitik der neuen Labour-Regierung von diesem Geist getragen sein sollte, zeigte sich unter anderem an der Berufung des hochangesehenen Gewerkschaftsführers Ernest Bevin zum Außenminister, der als solcher wenig später der übermächtige Gegenspieler des Deutschlandministers wurde. Zunächst konnte davon jedoch keine Rede sein; vielmehr wies auch die Berufung des Gewerkschaftssekretärs Hynd in dieselbe, vom Internationalismus der Arbeiterbewegung bestimmte Richtung.

Als besonderer Verantwortungsbereich wurde dem neuernannten Minister alsbald die Hilfsorganisation der Vereinten Nationen U.N.R.R.A. (United Nations Relief and Rehabilitation Administra-

tion) zugewiesen, also ein Tätigkeitsbereich, der Hynds Engagement für eine bessere Nachkriegsordnung Rechnung trug. Eine der vordringlichsten Aufgaben von U.N.R.R.A. war die Rückführung oder Repatriierung von rund 10 Millionen Personen, die aus rassischen, religiösen, politischen oder wirtschaftlichen Gründen zum Zwecke der Zwangsarbeit aus ihren Heimatländern verschleppt worden waren. Die meisten dieser "Displaced Persons" befanden sich in Deutschland und waren nur notdürftig in Lagern untergebracht, sofern sie sich nicht selbständig gemacht hatten. Nicht wenige von ihnen, vor allem "Weißrussen", beabsichtigten gar nicht, in ihr Heimatland zurückzukehren. Insoweit hatte die Arbeit von U.N.R.R.A. auch eine eminent politische Dimension im Ost-West-Verhältnis, da die bolschewistische Seite Hilfsmaßnahmen der UNO an die Zusammenarbeit mit den jeweiligen Regierungen binden oder andernfalls ganz streichen wollte. Was das für viele Ukrainer, Polen und andere, die nicht in den kommunistischen Machtbereich zurückzukehren wünschten, bedeutet hätte, lag auf der Hand. Daß sich die 10. Plenarsitzung von U.N.R.R.A., die Ende August 1945 in London tagte, diesen Vorstellungen nicht beugte, war dem britischen Delegationsleiter Hynd zu verdanken. Gegen die Stimmen der sowjetischen, polnischen, tschechoslowakischen und jugoslawischen Vertreter brachte er ein Votum zustande, das die freie Entscheidung des einzelnen Deportierten zum Prinzip seiner eventuellen Repatriierung erhob. Damit war die U.N.R.R.A. davor bewahrt worden, als Organisation zum Erfüllungsgehilfen kommunistischer Zwangsmaßnahmen zu werden, und sie ersparte zugleich Tausenden ein schlimmes Schicksal. Dem späteren Deutschlandminister dürfte sich hier zum erstenmal ein ungeschminktes Bild sowjetischer Politik geboten haben. Als Parlamentarier trat er in den fünfziger und sechziger Jahren immer wieder für das Selbstbestimmungsrecht der Völker Mittel- und Osteuropas ein. 1945/46 jedoch war die Regierung Attlee fest entschlossen, die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion in und über Deutschland nicht bloß zu versuchen, sondern mit viel Verständnis und gutem Willen auch fruchtbar werden zu lassen.

5.

Am 22. Oktober 1945 wurde Hynd zum "Deutschlandminister" ernannt und an die Spitze des neu geschaffenen "Control Office for Germany and Austria" berufen. Seine neuerliche Beförderung, die seine Freunde aus der sozialdemokratischen Emigration als angenehme Überraschung empfanden, kam jedoch für Eingeweihte so überraschend nicht mehr. Hynd persönlich hatte sich in mancherlei Weise und nicht zuletzt aufgrund seiner Verbindungen zur deutschen Emigration für das schwierige Amt empfohlen, aber schon die bisherigen Aufgaben des "Chancellor" legten dessen Aufwertung zum ordentlichen Ressortminister oder genauer zum "Minister for the Affairs of the Control Office for Germany and Austria" nahe. Wahrscheinlich schwebte Attlee schon längere Zeit eine solche Lösung vor, die den umfangreichen Kontrollapparat in Deutschland (und Österreich) nebst seinen verschiedenen Londoner Anlaufstellen der besonderen Verantwortung eines einzigen Ministers und damit zugleich parlamentarischer Kontrolle unterwarf. Die bis dahin unter den Londoner Ministerien vorherrschende "Nichtzuständigkeit" für das, was in der britischen Besatzungszone vor sich ging, war damit beendet. Daß allerdings auf diese Weise keine Dauerlösung erzielt, sondern allenfalls eine Atempause im Ringen der widerstreitenden Ressortegoismen in Whitehall erreicht worden war, hat wohl am wenigsten der neue Deutschlandminister selbst vorhersehen können.

Attlees Personalentscheidung war auch deswegen bemerkenswert, weil sie einen Politiker hervorhob, der vom Gedanken der Aussöhnung mit Deutschland erfüllt war. Auch insoweit geriet Hynd schon bald in einen Gegensatz zu Außenminister Bevin, der allem Deutschen, selbst der deutschen Sozialdemokratie, zutiefst mißtraute. Zwar hatten der mächtige Gewerkschaftsführer und der kleine Gewerkschaftssekretär manches gemein, auch eine unverkennbare Unfähigkeit oder offen-



Ernest Bevin im Frühjahr 1947 in Berlin

Foto: Carl-August Stachelscheid

sichtliche Abneigung in Sachen Aktenarbeit. Beide waren unerfahren, ja ausgesprochene Fremdkörper in der Londoner Ministerialbürokratie, ihr soziales Milieu und ihr Bildungshintergrund von der Arbeiterbewegung, nicht von Oxford oder Cambridge geprägt. Hynd war – anders als sein Nachfolger Lord Pakenham und nach dessen Worten – "sehr sozialistisch" eingestellt und ist, rückblickend betrachtet, mit Bevin immer noch besser ausgekommen als sein aristokratischer Nachfolger aus Oxford. Daß der Außenminister und der Deutschlandminister Schwierigkeiten miteinander hatten, lag weniger an persönlichen Animositäten, die der dominante Bevin möglicherweise gegen den sensibleren, aber nicht minder hartnäckigen Hynd entwickelt haben mag, sondern an der Rivalität ihrer beiden Ministerien.

Die Beamten des Foreign Office betrachteten das neue Control Office mit wachsendem Argwohn als eine Art Nebenministerium, dessen politischer Einfluß über die reinen Verwaltungsgeschäfte der Kontrollkommission hinaus möglichst gering zu halten sei. Bevin kommandierte nicht nur souverän einen hochentwickelten, eingefahrenen Apparat, sondern war auch innerhalb und außerhalb von Kabinett und Regierung der unbestrittene Meister britischer Außenpolitik. Ein sich allmählich konsolidierendes Deutschlandministerium mußte zwangsläufig in einen institutionellen Dauerkonflikt mit dem Foreign Office geraten, der dadurch gespeist und verstärkt wurde, daß ein an öffentlichem Profil gewinnender Hynd als selbständiger Minister amtierte und durch seine bloße Existenz den außenpolitischen Universalanspruch Bevins herauszufordern schien. Hynd war eben nicht "Juniorminister", eine Art parlamentarischer Staatssekretär im Hause Bevin wie sein Nachfolger Pakenham, sondern ein vollwertiger Ressortminister, wenn ihm auch die ständige Mitgliedschaft im Kabinett versagt blieb. Hynd wurde nur von Fall zu Fall (Lord Pakenham übrigens nie) zur Beratung einzelner Tagesordnungspunkte ins Kabinett gebeten. Schon deswegen konnte er keinen unmittelbaren, entscheidenden oder auch nur ständigen Einfluß auf die Große Politik um Deutschland nehmen. Wenn man Hynd später als schwachen oder gar gescheiterten Minister bezeichnet hat, dann wurde meist übersehen, daß sein Amt als eine halbherzige Fehlkonstruktion mit Geburtsfehlern und institutionellen Dauerschwächen versehen war, die jedem anderen Minister schwer zu schaffen gemacht hätten. Von einer solchen Position aus konnte Hynd gegenüber Bevin und dem Foreign Office nicht bestehen.

Hynds Ministerium, das Control Office im "Norfolk House", war kein eingefahrener Apparat und nicht einmal durchgehend mit routinierten Berufsbeamten besetzt, sondern eine mehr oder minder improvisierte Zusammenfassung verschiedener militärischer und ziviler Stellen, die bis dahin unabhängig voneinander der Militärregierung und Kontrollkommission zugearbeitet oder als Heimatbüros gedient hatten. Erweitert unter anderem um eine "politische Abteilung", wurde diese Verbindung ehemaliger Service-Einrichtungen nun zur Schaltstelle der Besatzungspolitik um- und ausgebaut. Was den meist jungen Beamten der politischen Abteilung des Kontrollamtes an Verwaltungsroutine fehlte, kompensierten sie durch besondere berufliche oder akademische Qualifikationen, vor allem aber durch eigene Erfahrungen mit dem Besatzungsregiment. Als frühere Offiziere der Militärregierung und Mitarbeiter der Kontrollkommission verfügten sie allein in Whitehall über genaue Kenntnis der Verhältnisse in der Besatzungszone und in Berlin. Überdies sorgte eine regelmäßige Personalrotation dafür, daß diese besondere Kompetenz des Kontrollamtes erhalten und gepflegt wurde. Denn nur derart gerüstet konnte das Ministerium seinen Auftrag erfüllen und gegenüber dem Foreign Office Selbständigkeit beanspruchen. Doch schrumpfte dieser ohnehin begrenzte Kompetenzvorsprung im Laufe eines Jahres immer mehr zusammen, zumal das Foreign Office eigene und nicht minder direkte Verbindungen zur Leitung der Kontrollkommission unterhielt und ausbaute.

Dabei profitierten das Foreign Office und Bevin von den natürlichen Gegensätzen zwischen dem Control Office und den Besatzungsbehörden in Deutschland, die zwar formal dem Ministerium

Hynd unterstellt waren, aber durch direkten Verkehr mit Kriegs- und Außenministerium Norfolk House zu überspielen suchten. Hierbei ist zu bedenken, daß sich die Besatzungsbehörden bereits fest etabliert hatten, als ihnen mit dem Control Office eine Londoner Zentrale gleichsam aufgepflanzt wurde. Hynd hatte also nicht nur mit dem Dualismus Control Office – Foreign Office zu kämpfen, sondern auch mit einem selbstbewußten Apparat in Deutschland, der seine Oberkompetenz gerade in vitalen Fragen durch Anrufung des Foreign Office immer wieder in Frage stellte. Das wurde unter anderem durch das gute persönliche Einvernehmen zwischen General Sir Brian H. Robertson, dem Chef der Kontrollkommission, und Bevin erleichtert. Der Deutschlandminister saß oftmals zwischen allen Stühlen. Seine ständigen Reisen in die Besatzungszonen in Deutschland und Österreich dienten nicht allein der Information an Ort und Stelle, sondern sollten auch Einfluß durch Präsenz erhalten oder erweitern. Andererseits schwächte Hynds häufige Abwesenheit von London seine Stellung in Whitehall. Schon deshalb wäre die gelegentlich im Unterhaus vorgebrachte Forderung, der verantwortliche Minister solle seinen ständigen Amtssitz in Deutschland nehmen, allenfalls eine halbe Lösung gewesen.

Hynd mußte jedenfalls einen beträchtlichen Teil seines Amtes im Umherziehen ausüben. Zeitweise hat er das gegebenenfalls verlängerte Wochenende abwechselnd in Deutschland oder Österreich und in seinem Sheffielder Wahlkreis verbracht, während er die Woche über in London seine Behörde leitete und im Unterhaus Rede und Antwort stand. Zumal in Krisenzeiten wird Hynd dabei mehr als einmal die Grenzen seiner Belastbarkeit überschritten haben. Die Familie erinnert sich daran, den Heiligen Abend 1946, als die Schreckensmeldungen der britischen Presse über die Hungersnot in der Zone ihren Höhepunkt erreichten, im Norfolk House verbracht zu haben. Als Hynd wenige Monate später sein Amt aufgeben mußte, war er physisch erschöpft und gesundheitlich angegriffen. Daß es ihm in dieser Zeit sichtlich schwerer fiel, bei teilweise hitzigen Unterhausdebatten eine souveräne Figur zu machen, und er stattdessen den Kritikern gereizt und verschlossen begegnete, spiegelte wohl auch die psychische Belastung eines Amtes wider, in dem sich Hynd persönlich aufgerieben und das ihn politisch verbraucht hatte.

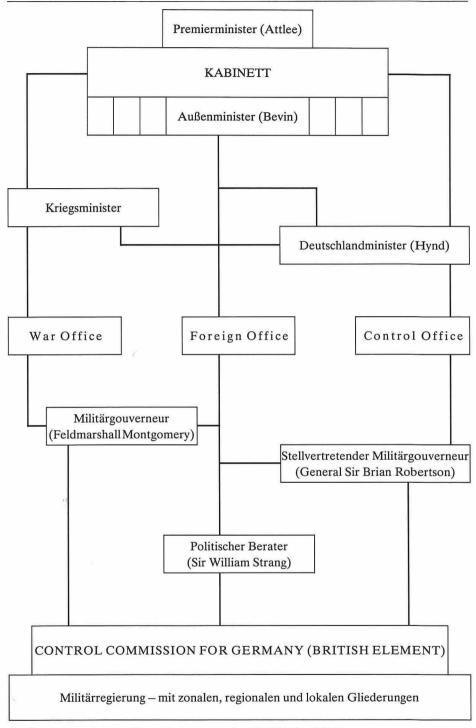
Die Art und Weise, wie er die immense Bürde seines Amtes während der 18 Monate als Deutschlandminister getragen hat, muß seinen engsten Mitarbeitern sehr imponiert haben, wie viele persönlich gehaltene Schreiben anläßlich seines Sturzes bezeugen. Die leitenden Beamten des Control Office respektierten ihren Chef und schätzten ihn persönlich hoch. Der später stark bedrängte Minister konnte sich stets auf die Loyalität dieser Mitarbeiter verlassen. Der in diversen Behörden erprobte Staatssekretär Sir Arthur Street stand Hynd auch menschlich nahe, und der Persönliche Referent John Barrell war seinem Minister sogar freundschaftlich verbunden. Hynd, der in der Öffentlichkeit so wenig Charisma entwickelte, vermochte im kleineren Kreis um so gewinnender und überzeugender zu wirken.

Wenn sich Hynd als Minister durchsetzen wollte, konnte es nicht genügen, sich im Amt Anerkennung zu verschaffen; vielmehr mußte er auch Einfluß auf die in Deutschland tätigen Behörden gewinnen. Hier jedoch war sein Spielraum deutlich geringer. Die im Oktober 1945 bereits etablierten Strukturen der Militärregierung und der Kontrollkommission mit ihren Sonderbeziehungen zu War Office und Foreign Office, mit so starken Persönlichkeiten wie Robertson und Sir William Strang, dem Emissär Bevins und "politischem Berater" von Militärgouverneur Montgomery, der es sich erlauben konnte, den "kleinen Staatsbeamten", wie Hynd ein Jahr später in der Presse tituliert wurde, weitgehend zu ignorieren, leisteten "ihrem" zuständigen Minister hartnäckigen Widerstand. Erst allmählich gelang es Hynd und dem Norfolk House, die selbstherrliche Manier der hohen Militärs etwas zu beschneiden, die jedoch nach wie vor und gerade in den großen Entscheidungen ihren Einfluß über Hynd hinweg im direkten Verkehr mit dem Foreign Office zur Geltung zu bringen verstanden.

Hynd war daher auf eigene, direkte Kanäle in die Leitungs- und Entscheidungszentren der Kontrollkommission angewiesen. Diese schuf er sich auch, wann immer sich eine günstige Gelegenheit bot. Als im Frühjahr 1946 zivile Regional Commissioners oder "Gebietsbeauftragte" für die Länder und Provinzen in der Besatzungszone berufen wurden, kamen fast durchweg Labour-Leute zum Zuge, darunter William Asbury für die Nord-Rheinprovinz, langjähriger Ratsherr aus Sheffield und ganz offensichtlich Hynds Protégé. Das Selbstverständnis der Armee und noch mehr die unpolitische Tradition des "Civil Service" boten an sich keinerlei Ansatzpunkte für eine betont Labour-sozialistische Personalpolitik. Da jedoch die Kontrollkommission kein ordentlicher Teil des Staatsdienstes war, gelang es Hynd, den einen oder anderen Vertrauten an verantwortlicher Stelle zu installieren, vor allem in der "German Political Branch", der für Gewerkschafts- und Parteienfragen unmittelbar zuständigen Abteilung. Hier wirken Austen Albu und Allan Flanders, die beide wie Hynd aufs engste mit den deutschen sozialistischen Emigrantenkreisen in London verbunden waren. Der spätere Abgeordnete Albu, ein persönlicher Freund des Ministers, wurde Anfang 1946 als Hynds Mann nach Deutschland entsandt und konnte manches im Sinne von Norfolk House bewegen. Als jedoch ein knappes Jahr später Hynds Stern deutlich zu sinken begann, wurde Albu durch ehrenvolle Beförderung faktisch entmachtet, wie überhaupt nach Hynds Abgang die von ihm installierten Beamten ihres Einflusses beraubt, versetzt, gegen Diplomaten des Foreign Office ausgetauscht oder zur Rückkehr nach England bewegt wurden. Wenn es eine Zeit gab, in der General Robertson - in Verbindung mit Bevin - nicht als unumschränkter Herr im eigenen Hause walten konnte, dann war das immerhin die Amtszeit John Hynds.

Eine wichtige Informationsquelle über das, was in der Zone vor sich ging, war für Hynd der unmittelbare Kontakt zur SPD, der teils durch das von Emigranten betriebene Londoner Verbindungsbüro hergestellt wurde, teils direkt zur Parteizentrale in Hannover bestand, wo ebenfalls frühere Bekannte des Ministers tätig waren. Daß das Control Office in Fragen, die zwischen den Besatzungsbehörden und den deutschen Politikern strittig waren, oftmals dem deutschen Standpunkt wenn nicht gar beitrat, so doch mindestens angemessen Gehör verschaffte, hing damit ebenso zusammen wie die unverkennbare Neigung, sozialdemokratische Meinungen mit deutschen Meinungen schlechthin gleichzusetzen. Nicht die Labour-Regierung Attlee an sich, wohl aber der Deutschlandminister Hynd unterhielt besondere Beziehungen zur SPD, und das blieb nicht ohne Auswirkung auf das Verhalten der britischen Behörden in Deutschland. Daß der SPD-Vorstand unter Kurt Schumacher dies als ungenügend empfand, mag aus seiner Sicht zutreffen, steht aber auf einem anderen Blatt. Jedenfalls hatte der CDU-Vorsitzende Konrad Adenauer so unrecht nicht, als er im Juni 1946 in einem privaten Brief auf eine "Gruppe von Emigranten in London" hinwies, "die von dort her unkontrollierbare Einflüsse ausüben".

Hynds Nachfolger Lord Pakenham äußerte später die Ansicht, dieser habe die SPD offen begünstigt. Ähnlich freimütig hat sich Hynd selbst am 9. Oktober 1963 im "Spiegel" zur bevorzugten Zusammenarbeit mit sozialistischen Kollegen in Deutschland bekannt. Auf Anregung Hynds wurden seit 1946 offenbar Hunderte von deutschen Kriegsgefangenen wegen ihrer früheren Mitgliedschaft in der SPD vorzeitig entlassen, und zwar nach einem eingespielten Verfahren, das erst Lord Pakenham, der um strikte parteipolitische Neutralität bemüht war, unterband. Wo überall und mit welchen konkreten Ergebnissen sich Hynds Förderung der SPD niedergeschlagen hat, wäre ein interessanter Forschungsgegenstand. Die Tatsache an sich kann als gesichert gelten und ist nicht nur aus Hynds Biographie heraus, sondern auch im allgemeinen Zusammenhang der britischen Besatzungspolitik nur zu verständlich. Hynd konnte jedoch die Verbindung zur SPD nicht so ausbauen und pflegen, wie es sich der erklärte Internationalist früherer Jahre gewünscht haben mochte. Denn das Foreign Office und zumal Bevin sperrten sich aus übergeordneten außenpolitischen Gesichtspunkten vom Frühjahr bis zum Herbst 1946 gegen allzu intensive Kontakte zu Kurt



Die besatzungspolitischen Zuständigkeiten Oktober 1945 bis April 1947

Schumacher, dessen unversöhnlicher Antikommunismus das Verhältnis zu den Sowjets in Deutschland zu belasten drohte. Wo immer Fragen der Großen Politik ins Spiel kamen, mußte sich Hynd dem Foreign Office unterordnen oder unterlag doch schließlich in der regierungsinternen Auseinandersetzung dem mächtigeren Bevin. In der Frage der Sozialisierung der Ruhrindustrie, die Hynd zügig vorantreiben wollte, konnte er sich ebenso wenig durchsetzen wie mit seinen Vorbehalten gegen die Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen, von dem er voraussagte, es werde von der CDU, also von seiner Meinung nach konservativen Kräften, dominiert. Sozialisierung und Landesgründung besaßen erheblichen Stellenwert im außen- und europapolitischen Kalkül Bevins.

6.

Immerhin gab es einen Aufgabenbereich, der eindeutig in die genuine Zuständigkeit Hynds fiel und in dem die Kontrollkommission, wenn auch meist unwillig, die Richtlinien des Control Office anzuerkennen hatte: die inneren Angelegenheiten der britischen Besatzungszone, soweit sie nicht Vier-Mächte-Belange berührten. Dazu gehörten Stil und Methode des Besatzungsregimes, Wiederaufbau von Verwaltung und öffentlichem Leben mit Parteien, Gewerkschaften, Presse und Wahlen sowie die Wiederherstellung deutscher Selbstverwaltung und Selbstbestimmung von der Gemeindebis zur Landesebene. Auf diesem Gebiet, das in der Sprache der Zeit mit dem Begriff "Demokratisierung" bezeichnet wurde, mußte sich zeigen, wie weit und rasch es möglich war, die Spuren des Nationalsozialismus zu beseitigen und einen freiheitlichen Rechtsstaat westlichen Zuschnitts dauerhaft zu errichten. Die Zukunft Deutschlands in Europa, die Hynd seit den Kriegstagen so sehr beschäftigt hatte, hing entscheidend vom Gelingen der Demokratisierung ab.

Natürlich gab es dazu auf britischer Seite die unterschiedlichsten Konzepte, von der politischen Rehabilitation und Förderung des "anderen Deutschland" und seiner demokratischen Kräfte bis zur fürsorglichen "Umerziehung" nach englischem Muster unter strenger Aufsicht der Besatzungsbehörden. Auch hier hatte Hynds Ministerium zunächst mit erheblichen Anfangsschwierigkeiten zu kämpfen. Erst nachdem sich um die Jahreswende 1945/46 der Apparat von Norfolk House eingespielt hatte, erkannte man in vollem Umfang, daß die Besatzungsbehörden beim Wiederaufbau des politischen Lebens in Deutschland längst eigene Wege beschritten und zum Teil nur schwer verrückbare Fakten geschaffen hatten. In der Kontrollkommission glaubte man, nur eine radikale Abkehr von überkommenen deutschen Traditionen und eine gründliche Zerschlagung gewachsener Strukturen in Staat und Verwaltung könne den alten deutschen Obrigkeitsstaat überwinden und die letzten Spuren des Nationalsozialismus beseitigen. Dagegen machten die deutschen Beamten und Politiker der ersten Stunde die Weimarer Republik und ihre Institutionen – übrigens keineswegs unkritisch – zum Ausgangspunkt ihrer Überlegungen. Aber gerade diesen Denkansatz hielt die Militärregierung für völlig verfehlt und fatal; nur tiefgreifende Strukturreformen in Staat und öffentlicher Verwaltung könnten wirklich demokratische und krisenfeste Verhältnisse schaffen.

Mit fast missionarischem Eifer hatten die Besatzungsoffiziere einen "Export" englischer Demokratie und Verwaltungstraditionen begonnen. Gegen große Widerstände waren die englische Kommunalverfassung eingeführt, die Weichen in Richtung auf das Mehrheitswahlrecht gestellt, um der Parteienzersplitterung vorzubeugen, und eine völlige Neuordnung von Verwaltung und Berufsbeamtentum angekündigt worden. Dahinter stand die mechanistische Vorstellung, mittels neuer Institutionen getreu nach heimischem Vorbild die politische Kultur der Deutschen in wahrhaft demokratische Bahnen lenken zu können. Die deutschen Politiker wurden weniger als Partner denn als Objekte einer wohlmeinenden Umerziehung angesehen.

Hynd und seine Mitarbeiter hielten dagegen solche ahistorischen "Patentrezepte", die alles andere als Einfühlungsvermögen in die deutschen Verhältnisse offenbarten, für falsch, ja für schädlich. Hynd glaubte keineswegs an die angebliche Unfähigkeit der Deutschen zur Demokratie und war

deshalb allzu einfachen Erklärungen der deutschen Katastrophe von 1933 bis 1945 zugänglich. Er teilte gewiß die Auffassung seines Vertreters in Deutschland, Austen Albu, daß nicht bestimmte Verfassungsstrukturen und Institutionen, namentlich Gemeindeordnung, Beamtentum und Verhältniswahlrecht, den Aufstieg des Nationalsozialismus herbeigeführt oder ermöglicht, sondern erst bestehende soziale und ökonomische Ungleichgewichtigkeiten in unheilvoller Verbindung mit der Wirtschaftskrise und ihrer Massenarbeitslosigkeit dem Totalitarismus den Weg geebnet hätten; unter anderen als solchen krisenhaften Bedingungen hätte die erste deutsche Republik durchaus eine Entwicklungschance haben können.

Beharrlich wirkten Hynds Mitarbeiter dem Übereifer der Kontrollkommission entgegen, wobei sie sich oftmals von Emigranten und unabhängigen Fachleuten beraten ließen. Sie hielten einen Export heimischer Institutionen nach Deutschland allenfalls dann für vertretbar, wenn er von den Deutschen gutgeheißen würde. Überhaupt drängte das Control Office – wie später auch das Foreign Office – darauf, den zunächst noch ernannten, später durch Wahlen legitimierten deutschen Politikern und Oberbeamten möglichst viel Mitsprache und Mitwirkung einzuräumen. Der Erneuerungsprozeß sollte, mit den demokratischen Parteien als Trägern, weitgehend von innen und nur ausnahmsweise von seiten der Militärregierung vorangetrieben werden. Immer wieder forderte Norfolk House zum Dialog als der angemessenen Methode im Umgang mit deutschen Organen auf und warnte vor den Folgen einseitiger Diktatpolitik der Militärregierung. Deshalb lehnte Hynd die Einführung der englischen Kommunalverfassung ebenso entschieden ab wie seine sozialdemokratischen Freunde, die wiederholt sein Interesse auf dieses leidige Problem gelenkt hatten. Hynd veranlaßte die Überweisung dieser Angelegenheit an den Zonenbeirat, den er auch sonst und im Gegensatz zur Militärregierung als Gesprächspartner ernst nahm.

Auch wenn sich Hynd in manchen Fragen, so etwa bei der Kommunalverfassung, nicht durchzusetzen vermochte, weil die Entwicklung schon zu weit fortgeschritten war, gelang es doch insgesamt, den Impetus der anglisierenden Reformen zu brechen. Statt des einfachen Mehrheitswahlrechts wurde schließlich ein modifiziertes Verhältniswahlrecht angenommen, ein Kompromiß, der durch Intervention Hynds und Albus möglich geworden war. Bei den Beamten des Control Office galt Hynd als der Inspirator dieses Wahlrechts, und er selbst hat sich später immer wieder in Vorträgen über Wahlrechtsfragen zu seiner Rolle beim Zustandekommen des eigentümlichen Mischwahlverfahrens in Westdeutschland bekannt. Daß im öffentlichen Dienst die Vorstellungen der Kontrollkommission nicht zum Tragen kamen, ist unter anderem auch auf Hynd zurückzuführen. Die SPD in der britischen Zone stand durchaus auf dem Boden des hergebrachten Beamtenrechts; vor allem aber lehnte sie die strikte Entpolitisierung im öffentlichen Dienst ab, die die Besatzungsbehörden nach englischem Vorbild erreichen wollten, und fand damit bei Hynd ein offenes Ohr. Für diesen war die Trennung von Parteipolitik und Staatsdienst zweitrangig, solange sichergestellt war, daß Staat und politisches Leben überhaupt von demokratischen Kräften bestimmt würden. Auch teilte er die Befürchtungen der SPD, die Entpolitisierung des Beamtentums würde diese Partei stärker treffen als andere. Insoweit dachte Hynd, dem der Dogmatismus einer planmäßigen "Umerziehung" ohnehin verdächtig war, ganz pragmatisch.

Das wichtigste Gesetzgebungswerk, das unter Hynds Ägide zustande kam und unverkennbar Albus Handschrift trägt, war die Verordnung Nr. 57 vom 1. Dezember 1946, die den neu geschaffenen Ländern der britischen Zone weitgehende Selbstverwaltungsrechte zugestand. Der staatliche Wiederaufbau in Nordwestdeutschland war damit zum Abschuß gebracht und zugleich das Verhältnis zwischen deutschen Organen und der Militärregierung auf eine verbindliche Grundlage partnerschaftlichen Zusammenwirkens gestellt worden. Tatsächlich konnte sich das politische Leben in den Ländern der Zone seitdem weitgehend ungestört von kleinlichen Eingriffen der Besatzungsbehörden entwickeln. Die Übertragung bislang vorbehaltener Zuständigkeiten auf die kompetenten, bald

auch durch Wahlen legitimierten Landesorgane war mit wenigen Ausnahmen soweit erfolgt, wie es im Rahmen einer künftigen förderativen Ordnung Deutschlands vertretbar und angemessen schien.

7.

So seltsam eine solche Feststellung zunächst klingen mag: der Deutschlandminister Hynd war in mehr als einer Hinsicht ein untypischer Vertreter britischer Deutschland- und Besatzungspolitik. Denn in dem zerschlagenen Land sah er nicht länger ein Sicherheitsproblem, sondern vielmehr eine gesellschaftspolitische Herausforderung. Unmittelbar nach seinem Amtsantritt erinnerte er öffentlich an das "andere Deutschland" und unterstrich die Fähigkeit der Deutschen zum demokratischen Neuanfang aus eigener Kraft. Insoweit blieb Hynd seinem schon während der dreißiger Jahre gewonnenen Deutschlandbild treu. Im Dezember 1945 warnte er Bevin vor der Gefahr, daß sich das Land aus seiner unerträglichen wirtschaftlichen Notlage nicht werde erholen können, wenn die Pläne der vier Mächte in Bezug auf Reparationen und Demontagen von Industriebetrieben Wirklichkeit würden. Hynd, der die Sorgen und Nöte der Arbeiterschaft im Sheffielder Industrierevier kannte und teilte, machte sich in Whitehall zum Anwalt der notleidenden Bevölkerung an Rhein und Ruhr, deren Schicksal selbst über der Großen Politik um Deutschland nicht vergessen werden durfte. Wiederaufbau und Rehabilitation, nicht Revanche bestimmten das Denken des Ministers.

Um so schmerzlicher müssen den redlichen Hynd die Vorgänge berührt haben, die seine Ablösung als Deutschlandminister am 17. April 1947 begleitet, wenn nicht gar ausgelöst haben und die ihn seitdem mit dem Stigma eines schwachen und glücklosen Ministers belasteten. Noch kein politischer Routinier, fiel es ihm zunehmend schwerer, sich gegenüber wachsender Kritik an der britischen Deutschlandpolitik zu behaupten. Immer wieder mußte er angebliche Rücktrittsabsichten dementieren. In den Wintermonaten 1946/47 spitzte sich dann die Ernährungs- und Versorgungslage in der Zone erneut dramatisch zu. Schreckensbilder aus Deutschland von ausgemergelten Arbeitern, erschöpften Trümmerfrauen und halbverhungerten Kindern bewegten die britische Öffentlichkeit, die selbst unter dem Nachkriegsmangel zu leiden hatte, und lösten in der Presse einen Sturm der Entrüstung aus. Publizisten und Politiker vor allem auch der Labour Party, darunter viele, die Hynd persönlich nahestanden wie die Abgeordneten Michael Foot und Richard Stokes und der Verleger Victor Gollancz mit seinem Buch "In Darkest Germany", entfesselten eine wahre Kampagne gegen die Deutschlandpolitik ihrer Regierung. Gleichzeitig wurden den Besatzungsbehörden Mißwirtschaft, Geldverschwendung und Korruption vorgeworfen. Ob diese massive Kritik im einzelnen gerechtfertigt war, ist mehr als fraglich, doch beschwor sie eine Stimmung herauf, in der - mit den Worten Pakenhams - "Köpfe rollen mußten", einerlei, ob die richtigen oder die falschen.

Als der zuständige Minister stand John Hynd monatelang im Kreuzfeuer der Kritik. Nach außen trug er die ganze Bürde einer Politik, die er doch nur zum kleineren Teil wirklich zu beeinflussen vermochte. So sehr er sich auch dagegen zu sträuben schien, gegenüber dem Unterhaus mußte er die volle Verantwortung übernehmen, ohne diese tatsächlich ausgeübt zu haben. Sein Nachfolger Lord Pakenham ließ Hynd später Gerechtigkeit widerfahren, als er mit Blick auf diese massive Dauerkritik schrieb: "Kaum jemand erkannte, wie eng begrenzt seine Vollmachten tatsächlich waren oder wie gut er sich geschlagen hatte angesichts von Schwierigkeiten, von denen die Öffentlichkeit und sogar ich selbst keine Ahnung hatten." Immerhin war Pakenham als parlamentarischer Staatssekretär im Kriegsministerium ebenfalls Regierungsmitglied.

Hynd besaß kein sicheres Gespür für die Darstellung der eigenen Person und Politik, und er hat sich in dieser kritischsten Phase seiner politischen Laufbahn meist nur ungeschickt zu verteidigen vermocht. Bei den Redeschlachten im Unterhaus, die der junge Minister überwiegend allein zu bestreiten hatte, traten ihm mehr als einmal Spitzenvertreter der konservativen Opposition entge-



Clement Attlee

gen, altgediente Staatsmänner und gestandene Parlamentarier, denen er schon rhetorisch nicht gewachsen war. Zuletzt wurde Hynd in der Deutschland-Debatte am 5. Februar 1947 von der Opposition massiv attackiert, aber auch von Rednern aus der eigenen Fraktion nicht durchweg geschont. Das Ende seiner Amtszeit als Deutschlandminister kündigte sich an.

Manches deutet daraufhin, daß Hynd auf seine Ablösung am 17. April 1947 nicht vorbereitet war, zumal sich seine Stellung gegen Ende des Winters zu stabilisieren schien. Jedenfalls konnte er sich nur schweren Herzens in Attlees Entscheidung fügen. Der Premierminister hatte im Rahmen einer Regierungsumbildung die elegante Lösung gefunden, Hynd durch Berufung zum "Minister of Pensions" und damit in ein formal höherwertiges Amt wegzubefördern. So vermied man einen offenen Affront oder gar eine persönliche Desavouierung, die ja immer auch auf die Regierung insgesamt zurückgefallen wäre. Gleichzeitig wurde das Control Office als selbständiges Ministerium aufgelöst und dem Foreign Office angegliedert. Hynds Widersacher im Außenamt und das politische Schwergewicht von Ernest Bevin hatten sich nach fast einjährigem Tauziehen durchgesetzt. Die auch nach außen zweitrangige Stellung, die nun Lord Pakenham einzunehmen hatte, wäre für Hynd unannehmbar gewesen. Schon insofern besteht ein innerer Zusammenhang zwischen dem Revirement im Amt des Deutschlandministers und der Reorganisation der Kontrollbehörde im April 1947. Im übrigen wurde die Besatzungspolitik aus der Schußlinie des Unterhauses genommen, da sich der neue Minister in der weniger kontroversen Atmosphäre des Oberhauses zu verantworten hatte.

Für Hynd war es verständlicherweise bitter, das Amt des "Chancellor" aufgeben zu müssen, das er in den so schwierigen ersten eineinhalb Jahren der Besatzung während zweier strenger Winter so gut wie irgend möglich und mit großem persönlichen Einsatz verwaltet hatte. Daß seine Möglichkeiten sehr begrenzt waren, konnte er nicht ändern. Für Hynds engere Mitarbeiter in London wie in Berlin, die ihn als aufrechten Labour-Mann schätzten und von seiner Ablösung überrascht wurden, stand jedenfalls fest, daß Attlee ihm sein Engagement nicht gedankt, sondern ihn kurzerhand "gefeuert" (Albu) hatte. Dieser Eindruck verstärkte sich auch dadurch, daß der Minister schon im Oktober im Zuge einer zweiten Regierungsumbildung gänzlich fallengelassen wurde. Auch das



Lord Pakenham

Ausbleiben einer "Privy Councillorship", d. h. der Mitgliedschaft im Staatsrat mit dem Titel "Right Honourable", war bezeichnend für Attlees Verhältnis zu Hynd, der weder in der Labour Party noch bei den Gewerkschaften über größeren Rückhalt verfügte. Erst ein halbes Jahr nach dem Wechsel im Amt des Deutschlandministers fand die Regierung Attlee einige Worte halbherziger Anerkennung für Hynds Wirken, als Pakenham am 12. November 1947 im Oberhaus von der "großen Leistung" seines Vorgängers sprach, die mit zeitlichem Abstand viel deutlicher hervorstechen werde. Doch da gehörte Hynd der Regierung schon gar nicht mehr an.

Der Deutschlandminister Hynd ist nicht so sehr an eigenen Unzulänglichkeiten oder Fehlern gescheitert, sondern das Opfer unglücklicher Umstände geworden. Seine Stellung in der Regierung war weder genügend stark noch eindeutig definiert, nach außen aber besonders exponiert. Hynd hat die große Herausforderung seines extrem schwierigen Amtes mit hoher Einsatzbereitschaft angenommen, jedoch die darin liegende Chance einer großen Karriere nicht nutzen können. Am Ende bleibt der Eindruck von einem Minister auf verlorenem Posten, dem die nötige Rückendeckung versagt wurde. Tatsächlich hatte Hynd einen der undankbarsten Posten in der Regierung Attlee übernommen, den er — wie die Dinge lagen — kaum heil überstehen konnte. Er wurde zum "Sündenbock" (Tribune, 29. 11. 1946) gemacht für Fehler, die die ganze Regierung zu verantworten hatte.

In dem reibungsvollen und spannungsreichen Dreiecksverhältnis Außenamt – Deutschlandministerium – Kontrollkommission hatte das Deutschlandministerium den mit Abstand schwersten Stand. Ob man nun im Norfolk House zwischen den oft divergierenden Interessen der beiden anderen Behörden zu vermitteln oder gar einen eigenen Kurs zu steuern versuchte, in den entscheidenden Fragen der britischen Deutschland- und Besatzungspolitik drang die Stimme Hynds nur selten durch. Die Gesamtbilanz seiner Tätigkeit als Deutschlandminister war also, gemessen an ihren mit Recht hohen Ansprüchen, eher bescheiden. Entweder zwischen den Fronten zerrieben oder einfach von den sich kurzschließenden Partnern übergangen, konnte sich Hynd gegenüber Außenminister Bevin und Militärgouverneur Robertson weder institutionell behaupten noch persönlich profilieren. Ob eine Persönlichkeit mit größerer Ausstrahlung oder größerem Format die institutionelle

Einschnürung des Deutschlandministeriums hätte überwinden können, ist eine müßige, weil nicht zu beantwortende Frage. Hynds Nachfolger, der eloquente und gewinnend auftretende Lord Pakenham, fand zwar in der Presse und auch sonst starke, jedenfalls stärkere Beachtung. Er erreichte jedoch nie auch nur annähernd Hynds tatsächliches politisches Gewicht, da er von Anfang an bloß Juniorminister Bevins und kein selbständiger Ressortchef war. Dennoch ist der Name Pakenham stärker im öffentlichen Bewußtsein haften geblieben als der seines (länger amtierenden) Vorgängers. Nach Hynds Abgang im April 1947 konnte das Foreign Office einem weitgehend entmachteten Deutschlandminister augenscheinlich größeren Spielraum für die persönliche Profilierung einräumen. Außerhalb des Rampenlichts, wo Hynd noch manches bewegen oder abwenden konnte, war Pakenhams Einfluß kaum noch spürbar.

Der bisherige Erkenntnisstand zeithistorischer Forschung erlaubt noch kein abschließendes Urteil über die britische Besatzung in Deutschland und noch weniger über Hynds persönlichen Beitrag. Es steht jedoch fest, daß die Besatzungspolitik der Briten (und der Amerikaner) Denkstrukturen und Mentalitäten verändert und damit den demokratischen Neuanfang nach 1945 im westlichen Sinne geprägt hat. Insoweit ist die Verankerung demokratischer Prinzipien im allgemeinen Bewußtsein der Westdeutschen eine überdauernde Hinterlassenschaft der Besatzungszeit. Und Hynd konnte für sich in Anspruch nehmen, dieses Leitbild einer stabilen deutschen Demokratie in einem demokratischen Europa allen kurzfristigen Zielen übergeordnet und mit Nachdruck vertreten zu haben. Damit ist der Rahmen angedeutet, innerhalb dessen man seine Amtszeit zu würdigen hat.

8.

Hynds Amtszeit als Deutschlandminister endete am 17. April 1947 ebenso überraschend, wie sie eineinhalb Jahre zuvor begonnen hatte. Zeitungsberichte ließen erkennen, daß Attlee mit dieser Personalentscheidung öffentlichen Druck von der Regierung abzulenken und mit der Neuordnung der Kontrollbehörde eine frühere Fehlentscheidung zu korrigieren suchte. Hynd hatte sich nach Meinung der Presse in einem kräftezehrenden Amt aufgerieben und einen ruhigeren Posten verdient.

Das Amt des "Minister of Pensions", das er bis zum 7. Oktober 1947 versah, war zwar keineswegs unwichtig, stand aber viel weniger im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses oder gar im Brennpunkt politischer Kritik. Überdies konnte der neue Versorgungs- und Wohlfahrtsminister ein gut geordnetes Haus übernehmen und außerdem davon profitieren, daß die Labour-Regierung die dort zu vergebenden und zu verwaltenden Sozialleistungen merklich aufgestockt hatte. Hynd, der als Deutschlandminister Dienstherr von rund 23 000 Beschäftigten der Besatzungsbehörden gewesen war, blieb Leiter einer großen Behörde mit vielen nachgeordneten und angeschlossenen Dienststellen sowie Versorgungseinrichtungen im Lande, die über eine Dreiviertelmillion Kriegsveteranen und Kriegsversehrte beider Weltkriege betreuten. Der Pensionsminister scheint seine neue Aufgabe energisch angefaßt zu haben. Dieses Arbeitsgebiet sagte ihm zu; es war gewissermaßen ein innenpolitisches Gegenstück zu seinen verschiedenen Aufgaben als "Chancellor of the Duchy of Lancaster". Auch hier ging es um Wiederaufbau, Wiedergutmachung und Linderung von Kriegsfolgen, im englischen Sprachgebrauch "reconstruction" genannt. Überdies entsprach das neue Amt dem sozial- und gesundheitspolitischen Engagement, das Hynd bereits während des Krieges gezeigt hatte.

Das Ministerium war zuständig für die Versorgung, Unterstützung und Betreuung der Kriegsopfer und deren Familien, der Kriegsversehrten und -hinterbliebenen. Neben der Anerkennung und Gewährung von Rentenansprüchen und -leistungen gehörten zu seinen Aufgaben die medizinische Versorgung und Rehabilitation von Kriegsversehrten, insbesondere der Dauerinvaliden, Familienund Existenzgründungshilfen oder Überbrückungsgelder für Veteranen sowie allgemeine beschäfti-

gungspolitische Maßnahmen und gezielte Hilfen bei der Wiedereingliederung von Schwerbehinderten in den Arbeitsprozeß. Hynd verwaltete einen großen Etat, der nicht nur die Kriegsopferrenten, sondern auch die Anschaffung oder Anfertigung medizinischer Geräte und Prothesen finanzierte und zu diesem Zweck ein Netz von Beratungsstellen, Versorgungszentren und Spezialkliniken unterhielt. So war auch das neue Amt mit zahlreichen Reisen verbunden, aber davon abgesehen wenig publikumswirksam. Es verlangte einen ebenso rührigen wie gewissenhaften Administrator. Die Mitgliedschaft im Kabinett blieb Hynd auch auf diesem Posten versagt.

Allerdings hat er nur ein knappes halbes Jahr als Pensionsminister amtiert, und er hat wohl schon deshalb weder nennenswerte Initiativen entfalten noch ein besonderes persönliches Profil gewinnen können. Nach dem 7. Oktober 1947 bekleidete er weder in dieser noch in einer späteren Labour-Regierung ein Amt. Was Premierminister Attlee bewogen hat, Hynd nach so kurzer Zeit und damit endgültig fallenzulassen, wissen wir nicht. War der abrupte Abschied aus der Regierung für einen Politiker, der gerade erst am Anfang seiner Karriere auf der Ministerebene zu stehen schien, schon bitter genug, so erfuhr Hynd noch eine weitere, ihn sachlich ebenso kränkende wie überflüssige Zurücksetzung, indem ihm die ehrenvolle, aber sonst bedeutungslose Mitgliedschaft im Staatsrat vorenthalten wurde, die mit einem selbständigen Ministeramt traditionell verbunden ist. Nicht zuletzt dieser protokollarische Affront rechtfertigt die mehrfach geäußerte Auffassung seiner Freunde und ehemaligen Mitarbeiter, daß Hynd von Attlee ausgesprochen schlecht behandelt worden sei.

9.

Obwohl mit der Entlassung aus der Regierung sein Jahreseinkommen von £ 3000 auf Abgeordnetendiäten von nur £ 1000 geschrumpft war, dachte Hynd nicht daran, diesen Verlust durch Übernahme anderer bezahlter Tätigkeiten auszugleichen. Als Berufspolitiker, der er mit Leib und Seele geworden war, konzentrierte er vielmehr seine ganze Arbeitskraft auf Parlament und Wahlkreis. Hynd ist zeitlebens ein überzeugter und engagierter Parlamentarier geblieben, eine Rolle, die offenbar mehr als jedes Regierungsamt seinem Naturell entsprach.

Alsbald übernahm Hynd die Leitung des außenpolitischen Arbeitskreises der Labour-Fraktion (1948-1958). Zwei Jahrzehnte lang gehörte er zu den außenpolitischen Sprechern seiner Fraktion, die er beharrlich auf einen proeuropäischen Kurs zu steuern suchte. Außerhalb des Rampenlichts der Großen Politik hat Hynd in diesen Jahren viel für die Einigung Europas erreicht und damit seiner Tätigkeit als Deutschlandminister zu einem späten, aber glücklichen Abschluß verholfen. Der Abgeordnete, der sich von Oktober 1947 an wieder frei von der Kabinettsdisziplin äußern konnte, wurde ein gefragter Kolumnist, Interview- und Gesprächspartner in Sachen Deutschland, der nun ohne Einschränkungen für seine konstruktive Deutschlandpolitik der Aussöhnung und des Wiederaufbaus eintreten konnte. Schon bald setzte er sich kritisch mit der Deutschlandpolitik der Sowjetunion auseinander, die er als größtes Hindernis für die wirtschaftliche Gesundung ganz Deutschlands und als Hauptursache für die sich abzeichnende Teilung des Landes ansah. Die alliierte Zusammenarbeit war an der sowjetischen Politik gescheitert, die das Potsdamer Abkommen gebrochen hatte. Immer wieder geißelte Hynd die Reparationspolitik der Sowjets und die Demontagen der Westalliierten. Die Berliner Blockade dürfe bei ihm die letzten Illusionen über den wahren Charakter des Stalinismus beseitigt haben. Hynd reiste im Juli 1948 in das eingeschlossene Westberlin und zollte auf einer Großkundgebung des Gewerkschaftbundes dem Kampf der Berliner für ihre Freiheit seinen Respekt. Auch zu weniger spektakulären Anlässen kam er regelmäßig nach Deutschland, war ein gern gesehener Gast zumal bei SPD- und Gewerkschaftsveranstaltungen und ein begehrter Redner, der nicht müde wurde, für die Zusammenarbeit des freien Europas zu werben.

Nicht zuletzt unter dem Eindruck der sowjetischen Politik in Mittel- und Osteuropa wandelte sich Hynd in den fünfziger Jahren von einem sozialistischen Internationalisten zu einem überzeugten Europäer, der die Einigungsbestrebungen Deutschlands und Frankreichs sowie die Entwicklung der EWG voller Symphathien beobachtete und für Englands Annäherung an dieses neue Europa eintrat. Dabei verlor er jedoch Mittel- und Osteuropa nie aus den Augen. Die Teilung Deutschlands sowie die Vertreibung von Millionen Menschen aus den Ostgebieten und aus dem Sudetenland prangerte er ebenso wie die Unterjochung der Völker jenseits des "Eisernen Vorhangs" als himmelschreiendes Unrecht an. Der Abgeordnete war in den fünfziger und sechziger Jahren ein regelmäßiger Gast und engagierter Redner auf Kundgebungen und Kongressen des "Bundes der Vertriebenen" und verschiedener anderer Vertriebenenverbände vor allem sozialdemokratischer Ausrichtung wie der sudetendeutschen "Seliger-Gemeinde" des Bundestagsabgeordneten Wenzel Jaksch, dem Hynd jahrzehntelang die Treue hielt. In seinen Reden vertrat er keine revanchistischen Positionen, sondern die universelle Gültigkeit der Menschenrechte und das Offenhalten der Europäischen Gemeinschaft für die Völker Osteuropas und die Deutschen in der DDR. Hynd hoffte auf die Überwindung der deutschen Teilung in einem Europa freier Völker und rechnete damit, daß der Ruf nach Freiheit auch im Osten lauter werde. Allein die europäische Einigung könne die Gefahr neuerlicher Katastrophen bannen und die Stellung Europas in der Welt auf Dauer sichern.

Das für einen britischen Parlamentarier ungewöhnliche vertriebenenpolitische Engagement war auch ein Stück praktizierter Solidarität mit jenen deutschen Sozialdemokraten, die Hynd in der Londoner Emigration kennen- und schätzengelernt hatte. Es wäre ungerecht, ihn deswegen als "kalten Krieger" abzustempeln, obwohl nicht zu übersehen ist, daß er insoweit mit der vorherrschenden Zeitströmung im Einklang stand. Mit der neuen Ostpolitik der Regierung Brandt von 1969 an wird er gewiß ebenso große Probleme gehabt haben wie so viele sozialdemokratische Vertriebenenpolitiker, die ihrer Partei daraufhin den Rücken kehrten, doch dürfte um diese Zeit Hynds Entschluß, die aktive Politik Jüngeren zu überlassen, bereits festgestanden haben.

So sehr er die Außen- und Europapolitik Adenauers geschätzt haben mag, innenpolitisch stand er ganz auf seiten der Sozialdemokratie. Als der Bundeskanzler 1950 dafür sorgte, daß die SPD aus der Regierungskoalition mit der CDU in Nordrhein-Westfalen ausschied, sah Hynd darin einen gefährlichen Rechtsruck mit unabsehbaren Folgen für den Fortbestand der jungen westdeutschen Demokratie. Aber im Laufe der Zeit ließ er sich von der Stabilität und Ausgewogenheit des neuen demokratischen Staates überzeugen. Hynd hatte bereits 1951 die Wiederbewaffnung begrüßt, und in den sechziger Jahren fand er für die Bundeswehr und ihren NATO-Beitrag lobende Worte. Insbesondere würdigte er die Konzeption vom "Staatsbürger in Uniform" und die Einrichtung des Wehrbeauftragten als vorbildlich. Der Bundesregierung sei es gelungen, die Truppe so weit wie überhaupt möglich zu "demokratisieren".

Mit den deutschen Sozialdemokraten hielt Hynd ständige Verbindung. Große Wertschätzung brachte er dem hessischen Ministerpräsidenten Georg August Zinn entgegen. Den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, hat er offenbar besonders verehrt. 1966 trat er mit einer (englischen) Bildbiographie des SPD-Vorsitzenden publizistisch hervor. In diesem Lebensbild spiegelte sich für Hynd die ganze Tragik der jüngsten deutschen Geschichte. Aus der Emigration zurückgekehrt, habe Brandt dem ersten Regierenden Bürgermeister Ernst Reuter geholfen, "eine zerstörte Stadt aufzubauen und eine kommunistische nach einer faschistischen Diktatur zu verhindern". Hynd sagte voraus, daß Brandt in der deutschen wie in der internationalen Politik noch eine bedeutende Rolle spielen würde.

Hynds unermüdliches Engagement für die Aussöhnung zwischen Deutschland und Großbritannien schlug sich in der Gründung und jahrelangen Unterstützung deutsch-britischer Vereinigungen und

der Übernahme zahlreicher Ehrenämter nieder. Er war Gründer und langjähriger Vorsitzender der sozialistischen wie der interfraktionellen deutsch-britischen Parlamentariervereinigung und Gründungsmitglied der Deutsch-Englischen Gesellschaft sowie der Englisch-Österreichischen Gesellschaft, als deren Vorsitzender er fast 20 Jahre lang amtierte. Er gehörte dem Vorstand der Europäischen Bewegung, u. a. als Vizepräsident ihres Parlamentarischen Rates, an und war Präsident der englisch-lateinamerikanischen Parlamentariervereinigung sowie als Unterhausabgeordneter langjähriges Mitglied des Europarates wie der Parlamentarischen Versammlung der Westeuropäischen Union. In dieser Eigenschaft trat er 1961 als Berichterstatter in energiepolitischen Fragen hervor. An den regelmäßigen "Königswinter-Konferenzen" der Deutsch-Englischen Gesellschaft nahm Hynd regen Anteil, bis er 1965 zusammen mit anderen altbewährten Teilnehmern aus diesem wichtigsten Forum deutscher und britischer Parlamentarier hinauskomplimentiert wurde. Mit derartigen, auch menschlichen Enttäuschungen hatte er zu leben gelernt.

Mit seinem Eintreten für Deutschland und Europa hatte Hynd zumal in seiner Partei und Fraktion keinen leichten Stand. Der von ihm nachdrücklich verfochtene EWG-Beitritt war lange Zeit heftig umstritten, sein Bekenntnis zur Wiedervereinigung Deutschlands für viele Briten nicht minder unpopulär. Er nannte den Status quo in Mitteleuropa "gefährlicher" als ein wiedervereinigtes Deutschland. Daß die deutsche Presse ihn als "treuen Freund" bezeichnete, war in jeder Beziehung gerechtfertigt. Man hätte ihn auch einen konsequenten Europäer nennen können.

In den fünfziger Jahren entwickelte sich Hynd, der zunächst eindeutig zum linken Flügel der Labour Party gehörte, zu einem gemäßigten, undogmatischen Sozialisten mit offen antimarxistischer Einstellung. Das vollzog sich zu einer Zeit, da die SPD mit ihrem "Godesberger Programm" marxistischen Ballast abwarf. 1954 erklärte Hynd auf einer Tagung der Evangelischen Akademie Berlin über das Thema Kirche und Sozialismus, auf der religiöse Sozialisten wie Ludwig Metzger (Darmstadt) zu Worte kamen, daß der englische Sozialismus nicht marxistischer Natur sei, sondern auf der christlichen Lehre von der Bruderschaft unter den Menschen beruhe. Durch sein Elternhaus mit verschiedenen evangelisch-freikirchlichen Bewegungen in Berührung gekommen und dort auch getauft, hatte er dann aber in der Church of England geheiratet, doch gehörte er selbst nie einer Kirche an und war seit seiner Jugend kein gläubiger Christ mehr. Dennoch hat er sich später wiederholt um den Dialog mit den Kirchen bemüht. Dahinter stand wohl die Überzeugung, daß christliches Weltverständnis unverzichtbar sei für die ethische Begründung aller Politik. Schon deshalb und weil er die Gefühle und Überzeugungen anderer achtete, ist Hynd nie antikirchlich oder gar antireligiös hervorgetreten. In seinen letzten Lebensjahren, die er im Bewußtsein unheilbarer Krankheit und des nahen Endes durchlebte, wandelte er sich vom entschiedenen Atheisten zum nachdenklichen Agnostiker.

Zwar war Hynd mit besonderer Vorliebe, aber doch nicht ausschließlich Außen- und Europapolitiker. Als einfacher Wahlkreisabgeordneter wandte er sich auch wieder verstärkt innenpolitischen Fragen zu, die ihn von Anfang an beschäftigt hatten, vor allem in den Bereichen Gesundheits- und Wohnungswesen. Von 1950 bis 1955 war er Mitglied des "General Medical Council". Seinen Wahlkreis Attercliffe vertrat Hynd 26 Jahre lang, bis zum Juni 1970, im Unterhaus, innerparteilich unangefochten und mit ständig wachsendem Vertrauens- und Stimmenvorsprung vor seinen konservativen Gegenkandidaten. Bei seiner letzten Wiederwahl 1966 konnte er seinen Stimmenvorsprung auf über 70 Prozent ausbauen. In Westminster dagegen war Hynd in den sechziger Jahren weniger Erfolg beschieden. Das hing vielleicht damit zusammen, daß sich der Abgeordnete keiner der verschiedenen Richtungen innerhalb der Fraktion angeschlossen hatte. Als die Labour Party im Oktober 1964 nach dreizehn Jahren der Opposition wieder an die Macht kam, wurde Hynd von Premierminister Harold Wilson bei der Regierungsbildung übergangen, obwohl er zu den wenigen Labour-Parlamentariern gehörte, die noch über Ministererfahrung verfügten, und mit 62 Jahren

gewiß noch nicht zu alt für ein "come-back" gewesen wäre. Die Presse jedenfalls bezeichnete ihn als "ministrabel".

Noch im selben Monat kam das Gerücht auf, Hynd sollte durch Beförderung in das Oberhaus veranlaßt werden, seinen "sicheren" Wahlkreis aufzugeben, damit der neuernannte Technologieminister Frank Cousins per Nachwahl ins Unterhaus einziehen könnte. Hynd erklärte, von einem solchen Vorschlag nichts zu wissen, und ließ ein überaus vorsichtiges Dementi verbreiten. Zuvor hatte er jedoch grundsätzlich seine Bereitschaft zum Übertritt zu den "Lords" geäußert, "falls man mir eine Art Regierungsamt anbietet oder eine andere konstruktive Aufgabe. Aber sonst - wovon soll ich leben?". Was auch immer Hynd von der Idee gehalten haben mag, seine Politikerlaufbahn mit der Ehre eines "Life Peer" oder "Baron" zu krönen, der Verzicht auf das Unterhausmandat gerade zu diesem Zeitpunkt hätte praktisch das Ende seiner aktiven Politikerlaufbahn bedeutet. Die lebenslange Mitgliedschaft in dem aristokratischen Debattierklub wäre kein angemessener Ersatz gewesen. Insoweit lag nicht etwa persönliche Unbescheidenheit, sondern politische Selbstbehauptung der Forderung nach einem damit verbundenen Regierungsamt zugrunde. Da daran offenbar nicht gedacht war, hat der ganze Vorgang Hynds Reputation eher geschadet, zumal der Abgeordnete tatsächlich versuchte, die Gunst der Stunde zu nutzen und die Hinterbänke zu verlassen. Im folgenden Monat bewarb sich Hynd um den Vorsitz der Labour-Fraktion und damit um einen Schlüsselposten zwischen Regierung und Parlamentsmehrheit. Obwohl er bei der entscheidenden Abstimmung ein respektables Ergebnis erzielte, unterlag er dem achtzigjährigen Labour-Veteranen Emanuel Shinwell. Daß der und große alte Mann der Partei, der 1922 erstmals ins Unterhaus gewählt worden war, gegen Hynd ins Rennen geschickt wurde, läßt die Vermutung zu, daß einflußreiche Kräfte zumal des linken Spektrums Hynds Wahl um jeden Preis verhindern wollten. Dieser Eindruck wird durch die Umstände bestätigt, die einen weiteren Monat später Hynds Rückkehr an die Spitze des außenpolitischen Arbeitskreises der Fraktion verhinderten, den er bis 1958 geleitet hatte. Obwohl er als Vertreter des rechten Flügels im ersten Wahlgang eindeutig dominiert hatte, verhalfen in einem zweiten Wahlgang die Stimmen des abgeschlagenen linken Kandidaten dem angesehenen und hochbetagten Friedensnobelpreisträger Philip Noel-Baker zu einer knappen Mehrheit, und Hynd begnügte sich mit dem stellvertretenden Vorsitz. Alles deutete daraufhin, daß er scheiterte, weil er zum rechten Flügel und zur europafreundlichen Gruppe der

Die letzten Jahre als Abgeordneter wurden überschattet von schwerer, unheilbarer Krankheit, von der anfänglich nur Hynd selbst wußte und über die auch später nichts an die Öffentlichkeit drang, von häufigen und längeren Klinikaufenthalten sowie entsprechenden regelmäßigen Gerüchten, der Abgeordnete werde seinen Sitz aufgeben (müssen). Innerlich entfremdete er sich immer mehr von seiner Partei, ohne jedoch damit nach außen zu treten. Im Juli 1969 gab Hynd seinen aus freien Stücken gefaßten Entschluß bekannt, bei den nächsten allgemeinen Wahlen, die dann ein knappes Jahr darauf abgehalten wurden, nicht mehr zu kandidieren. Er erklärte, einem Vertreter der jüngeren Generation Platz machen und im wohlverdienten Ruhestand ein Buch über die britische Besatzung in Deutschland schreiben zu wollen, über die viele Fehlinterpretationen, insbesondere auch seiner Tätigkeit als Deutschlandminister, im Umlauf seien. Hynd hat diese Absicht nicht mehr verwirklichen können. Er starb nach nur knapp eineinhalb Jahren Ruhestand im Alter von 69 Jahren am 8. November 1971 an Leukämie.

10.

Fraktion gehörte.

Sieht man von Hynds exponiertem Wirken als Deutschlandminister ab, so war seine Parlamentarierkarriere durchaus typisch für einen (Labour-)Abgeordneten der vierziger bis siebziger Jahre. Als Repräsentant einer mächtigen Einzelgewerkschaft, der er immer blieb, in ununterbrochener Folge mit sicherem Wahlkreis ins Unterhaus entsandt, entfaltete er während der meisten Abschnitte seiner Parlamentszugehörigkeit eine ebenso rührige wie nach außen wenig spektakuläre Tätigkeit. Als "backbencher" – die deutsche Übertragung "Hinterbänkler" ist nicht glücklich – fügte er sich meist der Fraktionsdisziplin. Doch nutzte er jede sich bietende Möglichkeit, innerhalb und außerhalb des Parlaments, vor allem auf seinen zahlreichen Auslandsreisen in den fünfziger und sechziger Jahren, für die tragenden Ideen seines Politikerlebens zu werben: die Völkerverständigung und die Einigung Europas. Dabei lag ihm die Aussöhnung mit dem ehemaligen Kriegsgegner Deutschland besonders am Herzen. Insoweit konnte er immer wieder an seine Ministertätigkeit anknüpfen, mochte ihm diese auch in mancher Hinsicht als Fehlschlag erscheinen.

Mit seinen Europa-Ideen eilte Hynd der Entwicklung vor allem in Großbritannien mitunter weit voraus. Das mag mit dazu beigetragen haben, daß dem Abgeordneten ein politischer Durchbruch und ein "come-back" als Minister versagt blieben, als Labour nach langen Jahren der Opposition wieder an die Regierung gelangte. Immerhin hatte sich die Fraktion seines Sachverstandes zu vergewissern gewußt, indem sie Hynd jahrelang die Leitung ihres außenpolitischen Arbeitskreises anvertraute.

So sehr Hynd zeitlebens ein konsequenter Europäer war, so sehr haben sich doch im Laufe der Zeit seine gesellschaftspolitischen Leitideen gewandelt. Von den Labour-sozialistischen Reformprogrammen der Attlee-Ära, denen er damals verpflichtet war, rückte er schließlich so weit ab, daß er in den sechziger Jahren als Vertreter des rechten Parteiflügels galt und deshalb bei zwei wichtigen Personalentscheidungen der Fraktion unterlag. Wie so oft, hat Hynd auch diese Zurücksetzungen mit Gelassenheit, Loyalität und ohne Resignation hingenommen. Ebenso souverän war die Haltung, mit welcher der bereits von schwerem Leiden gezeichnete Hynd 1970 freiwillig einem Jüngeren Platz machte. So offenbaren auch diese letzten Etappen im parlamentarischen Leben Hynds die überdauernden Eigenschaften eines grundsoliden politischen Charakters.

Offenbar hat es Hynd an entscheidenden Stationen seines Wirkens an dem nötigen Durchsetzungsvermögen gefehlt. Deshalb war seine Zeit als Deutschlandminister nicht der Auftakt einer steilen Karriere, sondern blieb Episode. Vielleicht fehlte es ihm aber auch an staatsmännischem Format. Doch darf man ebensowenig verkennen, daß die allgemeinen Zeitumstände 1945 bis 1947 für den noch jungen Minister überaus schwierig und später die Verhältnisse in der Labour Party für den altgedienten Parlamentarier nicht gerade günstig waren. Die Wertschätzung, die Hydn bei Zeit- und Weggenossen der verschiedenen Lager genoß, war groß.

Methode, Literatur und Ouellen

Die politische Biographie John Hynds bietet einen besonders reizvollen, exemplarischen Zugang zum Verständnis von mehr als drei Jahrzehnten deutsch-britischer Beziehungen und wäre gewiß eine umfangreiche Studie wert. Dieses Porträt ist ein erster Versuch, das gesamte Wirken Hynds zu skizzieren. Wie bei jeder Skizze geht es darum, mal mit groben, mal mit leichten Strichen das Wesentliche (oder was man dafür hält) im Zusammenhang kenntlich zu machen. Das Ergebnis ist aus der Sicht des Historikers ein durchaus vorläufiger Entwurf, selbst wenn er wie eine abschließende Würdigung erscheinen mag. Das trifft auch auf dieses Porträt zu, das auf der Kenntnis der wichtigsten Primärquellen beruht, aber auf viele Details und manche Nuance verzichten mußte. Überdies sieht sich der Biograph vor ein (nicht gerade seltenes) Quellenproblem gestellt: Hynd hat weder Tagebuch geschrieben noch eine (private) Korrespondenz geführt, die unmittelbaren Aufschluß über seine Gedanken, Pläne und Motive geben könnte. Die im Norfolk House emsig aufgetürmten Aktenberge enthalten sehr wenig eigenhändige Notizen des Deutschlandministers, und oft läßt sich nicht einmal mehr feststellen, was überhaupt und mit welchem Ergebnis von Hynd zur Kenntnis genommen wurde. Der mit den Praktiken einer großen Regierungsbehörde wenig vertraute Autodidakt war mit Sicherheit kein Schreibtischmensch, sondern hat sich auch als Minister vornehmlich mündlich mitgeteilt. Was er eigentlich gemeint, gewollt und empfunden hat, muß daher weitgehend

rekonstruiert werden. Darin besteht das Hauptproblem seiner Biographie. Eine längere oder kürzere biographische Studie über John Hynd oder doch wenigstens eine zusammenfassende Würdigung seines Wirkens als Deutschlandminister ist bisher noch nicht versucht worden, sieht man von den meist sehr knappen Artikeln und Notizen ab, die bei verschiedenen aktuellen Gelegenheiten, zuletzt aus Anlaß seines Todes, in der Presse erschienen oder von Pressediensten verbreitet wurden.

In der zeithistorischen Literatur über die britische Besatzung (zusammengestellt in den einschlägigen Sammelbänden von C. Scharf/H.-J. Schröder, Die Deutschlandpolitik Großbritanniens und die britische Zone 1945–1949, Wiesbaden 1979, und J. Foschepoth/R. Steininger, Britische Deutschland- und Besatzungspolitik 1945–1949, Paderborn 1985, mit tabellarischer Übersicht der Quellenbestände im britischen Staatsarchiv) taucht der Name Hynd jetzt immer häufiger auf, nachdem zunächst die Deutschlandakten des Foreign Office (Außenministerium) und dann die 1978 freigegebenen Dokumente des Control Office for Germany and Austria neue Aufschlüsse über seine Amtsführung als Deutschlandminister brachten. Das gilt jedoch fast ausschließlich für deutsche Forschungen. In England ist das Andenken an den immerhin ib 1970 tätigen Parlamentarier noch stärker verblaßt und hinter dem seines Nachfolgers Lord Pakenham, dem heute noch rührigen Lord Longford, zurückgetreten. Dessen bereits 1953 erschienene Autobiographie "Born to Believe" (London) würdigt den Vorgänger nur mit zwei Sätzen, die hier zitiert wurden.

In der älteren Literatur ist Hynds Tätigkeit, wenn sie überhaupt erwähnt wurde, nur pauschal und oft als wenig einflußreich oder gar als unbedeutend charakterisiert worden. Die meisten dieser Urteile sind, gemessen am heutigen Erkenntnisstand, überholt und wertlos, überwiegend sogar falsch. Schon daher lohnt es nicht, sie hier zu verzeichnen. Hinzuweisen ist jedoch auf das von M. Balfour, Vier-Mächte-Kontrolle in Deutschland 1945-1946 (Düsseldorf 1959) vermittelte Hynd-Bild (vgl. S. 154f.), weil es sich bis heute hartnäckig gehalten hat. Das gilt besonders für die schon dort zitierte Äußerung des Abgeordneten Lyttelton im Unterhaus (29, 7, 1946). In dieser Tradition stehen auch J. P. May und W. E. Paterson, Die Deutschlandkonzeption der britischen Labour Party 1945-1949, in: Politische und Ökonomische Stabilisierung Westdeutschlands, hrsg. v. C. Scharf und H.-J. Schröder (Wiesbaden 1977) S. 77-92, deren Hynd-Bild trotz neuer Quellen schief bleibt. Demgegenüber hat J. Thies (in: Die Deutschlandpolitik, S. 42) mit Recht vor einer verfrühten klischeehaften Beurteilung Hynds gewarnt. Diesem Fehler verfällt übrigens das Standardwerk von H.-P. Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik (Neuwied 1966, 2Stuttgart 1980) nicht; seine Bemerkungen über Hynd (S. 171 und 734f.) haben Bestand. Das grundlegende Werk von W. Röder, Die deutschen sozialistischen Exilgruppen in Großbritannien 1940-1945 (Bonn ²1973) enthält nur einen knappen Hinweis (S. 161) auf Hynds ungebrochen positive Einstellung zur deutschen Arbeiterbewegung während des Krieges. Ergänzend dazu R. Steininger, Deutschland und die Sozjalistische Internationale nach dem Zweiten Weltkrieg (Bonn 1979) S. 22 f. und S. 37. Sehr aufschlußreich ist der "aus eigenem Miterleben" geschriebene Aufsatz von R. Löwenthal, Zur deutschen politischen Emigration in Großbritannien im Zweiten Weltkrieg. Wechselwirkungen und Nachwirkungen, in: Großbritannien als Gast- und Exilland für Deutsche im 19. und 20. Jahrhundert, hrsg. v. G. Niedhart (Bochum 1985), S. 89-116. Löwenthal bestätigt verschiedene Zusammenhänge, auf die der Verf. schon früher aufmerksam gemacht hat, so vor allem Albus (und Hynds) entscheidenden Einfluß beim Zustandekommen des modifizierten Verhältniswahlrechts, der in dem unverzichtbaren Buch von E. H. M. Lange, Vom Wahlrechtsstreit zur Regierungskrise. Die Wahlrechtsentwicklung Nordrhein-Westfalens bis 1956 (Köln u. a. 1980), auf Grund der damaligen Quellenlage noch nicht herausgearbeitet werden konnte.

Außenminister Bevins Stellung in der Regierung und die demgegenüber schwache Position Hynds hat im Kontext der britischen Außenpolitik V. Rothwell, Britain and the Cold War 1941–1947 (London 1982), kurz skizziert (S. 228–233, 299–301). Hynds Haltung zur Sozialisierung wird erwähnt von R. Steininger, Großbritannien und die Ruhr, in: Zwischen Ruhrkontrolle und Mitbestimmung, hrsg. v. W. Först (Köln u. a. 1982), S. 11–63. Hynds Gespräch mit Bevin im Dezember 1945 über Reparationen und Demontagen ist überliefert in: Documents on British Policy Overseas, series I, vol. II, hrsg. v. R. Bullen und M. E. Pelly (London 1985), S. 713, Anm. 3. Weiter haben wir zitiert aus K.-G. v. Hase, Adenauer und Großbritannien, in: Konrad Adenauer und seine Zeit, Bd. 1 (Stuttgart 1976) S. 632–650, hier S. 635 f., sowie Adenauer-Briefe 1945–1947, bearb. v. H. P. Mensing (Berlin 1983), Nr. 270. Erwähnt wurden auch zwei Schriften, die beide vorab als Rundfunk- bzw. Zeitungsserien publiziert wurden: R. Vansitart, Black Record. Germans Past and Present (London 1941), und V. Gollancz, In Darkest Germany (London 1947).

In zwei Studien hat der Verfasser das Wirken des Deutschlandministers sowie Hynds Werdegang bis 1945 auf neuem Quellenstand näher beleuchtet. Das Buch "Deutsches Berufsbeamtentum und britische Besatzung. Planung und Politik 1943–1947" (Stuttgart 1985) behandelt ein Kapitel der britischen "Demokratisierungspolitik", das den Deutschlandminister stark beschäftigt hat. Der Aufsatz "Die Londoner Institutionen der britischen Deutschlandpolitik 1943–1948", in: Historisches Jahrbuch, Bd. 100/1980, S. 318–443, ist eine "behördengeschichtliche Untersuchung", in deren Mittelpunkt Foreign Office und Hynds Control Office stehen. Dort bereits

erschöpfend behandelte Gegenstände, so etwa die Stellung Hynds in Regierung und Kontrollapparat sowie Aufbau und Bedeutung des Deutschlandministeriums, wurden in diesem Kurzporträt nur zusammenfassend dargestellt. Die beiden genannten Studien enthalten ausführliche Hinweise auf sämtliche für Politik und Person des Deutschlandministers maßgebliche Primärquellen. Die wichtigsten Quellen bzw. amtlichen Aktenbestände seien hier noch einmal kurz genannt:

1. Akten der britischen Regierung im Public Record Office, Kew, Richmond (bei London)

Das PRO verwahrt neben den allgemeinen politischen Akten des Foreign Office im Bestand FO 371 die gesamte Überlieferung des Control Office for Germany and Austria in zwölf Einzelbeständen der Nummern FO 935 bis FO 946. Davon geben zwei Bestände besonderen Aufschluß über das Wirken Hynds, und zwar FO 938: Private Office (Ministerbüro) und FO 945: General Department (politische Abteilung). Diese beiden Bestände wurden vom Verfasser systematisch ausgewertet und für die verschiedenen Studien herangezogen. Gewiß enthält der Bestand FO 371 das für die britische Deutschlandpolitik wichtigste Material und hat daher mit Recht das größte Forschungsinteresse auf sich gezogen. Demgegenüber sind die Überlieferungen des Control Office, die reichlich unübersichtlich und nicht so gut erschlossen sind, weitgehend vernachlässigt worden. So erklärt sich, daß das Deutschlandministerium samt seinem Minister immer noch im Windschatten der seit geraumer Zeit mächtig ausgreifenden Besatzungs-Forschung liegt. In jüngster Zeit sind auch die meisten Akten der in Deutschland selbst operierenden Behörden, d. h. vor allem der Control Commission for Germany (British Element), zugänglich geworden. Sie dürften weiteren, wenn auch eher indirekten Aufschluß über Hynds Wirken geben.

2. Nachlaß John Burns Hynd

Durch freundliches Entgegenkommen von Mrs. J. B. Hynd und ihrer Tochter Mrs. Sheila Youngs, denen an dieser Stelle besonders gedankt sei, erhielt der Verfasser uneingeschränkten Zugang zu den nachgelassenen Papieren John Hynds, die sich noch im Besitz der Familie befinden, demnächst aber einem geeigneten Archiv anvertraut werden. Obwohl der Nachlaß kaum neue Erkenntnisse über Hynds Politik als Deutschlandminister vermittelt, stellt er doch eine mehr oder minder dichte Dokumentation seines gesamten Politikerlebens dar und war insoweit für diese biographische Skizze von unschätzbarem Wert. Dies gilt nicht zuletzt für Hynds umfangreiche, für die Ministerzeit indes sehr lückenhafte Zeitungsausschnittssammlung. Darüber hinaus enthält der Nachlaß Manuskripte und Dispositionen zahlreicher Reden, Belegexemplare diverser Veröffentlichungen und eine umfangreiche Sammlung zu deutschen Belangen, darunter das Handmaterial für Hynds Brandt-Biographie (J. B. Hynd, Willy Brandt. A Pictorial Biography, London 1966). Ganz überwiegend handelt es sich dabei um Papiere des Abgeordneten aus den fünfziger und sechziger Jahren, darunter auch einige Korrespondenz mit deutschen Zeitgenossen, und nur zu einem geringen Teil um Dokumente, die Hynds Aktivitäten und Verbindungen während des Krieges widerspiegeln. Recht gut dokumentiert sind Hynds zahlreiche Auslandsreisen, Demgegenüber enthält die Sammlung, die Hynd weder systematisch noch kontinuierlich und wohl schon gar nicht mit dem ehrgeizigen Ziel der Vollständigkeit angelegt und betrieben hat, kaum und erst recht kein "amtliches" Material aus seiner Ministerzeit. Anders als viele seiner Kollegen hat Hynd offenbar keinerlei dienstliche Akten, nicht einmal aus der Registratur des Ministerbüros, an sich genommen. Allerdings hat er die zum Teil durchaus aufschlußreichen Schreiben eher privater Natur behalten und über die Jahrzehnte verwahrt, die ihn anläßlich seines Ausscheidens erst als Deutschland- und dann als Pensionsminister erreichten.

3. Schriftliche und mündliche Mitteilungen

Zahlreiche Weg- und Zeitgenossen Hynds, ehemalige Kollegen und Mitarbeiter und nicht zuletzt seine Frau und seine Tochter haben in Gesprächen und/oder Schreiben an den Verfasser wichtige Details und manche Bewertung zur Biographie des Deutschlandministers beigesteuert und damit Vordergründiges geklärt und Hintergründe erschlossen. Denn zumal bei biographischem Arbeiten zeigt sich, daß nicht alles in den Akten steht. Besonders zu erwähnen sind der ehemalige Staatsminister Austen Albu, der überdies Teile seiner unveröffentlichten Memoiren zur Verfügung stellte, der Earl of Longford (Lord Pakenham) sowie sein damaliger Privatsekretär Dr. James Mark, die "Regional Commissioners" Sir Henry Vaughan Berry (Westfalen, später Hamburg) und Major-General Sir Alexander Bishop (Nordrhein-Westfalen), Sir Frank Roberts vom Foreign Office (1948 Privatsekretär Bevins) und Fritz Heine.